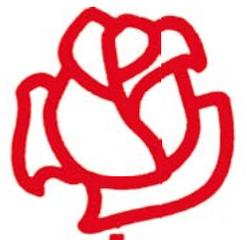


Monatsspiegel



Juni 2012

SPD

Erlangen



Adressaufkleber

Der Wind dreht sich

Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Frankreich führen die Politik zurück auf den Weg der Vernunft

Die Wahlen im Mai 2012 werden auch langfristig einen Wechsel der Politik markieren, der für ganz Europa bestimmend werden wird. In Nordrhein-Westfalen konnte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit einem überragenden Sieg einen Auftrag der Wählerinnen und Wähler für die Fortführung ihrer Politik erzielen. In Frankreich ging mit François Hollande der Kandidat der Sozialisten aus der Stichwahl um die Präsidentschaft als Sieger hervor.

Glaubwürdige Sozialdemokratie

Der große Erfolg von Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen hat nicht nur ihre bisherige Minderheitsregierung eindrucksvoll bestätigt und Rot-Grün eine stabile Mehrheit verschafft. Deutlicher noch erscheint die bewusste Entscheidung der Wählerinnen und Wähler nicht nur für die Person Hannelore Kraft als überaus beliebte und geschätzte Ministerpräsidentin. Inhaltlich zeigt der Erfolg, dass die

Menschen nicht nur im bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands mehrheitlich für eine glaubwürdige sozialdemokratische Politik unter Beachtung ökologischer Verantwortung zu gewinnen sind.

Die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler für Hannelore Kraft und die SPD ist auch eine eindeutige Unterstützung für den Wunsch nach einer Politik, die stabile Haushaltsführung mit notwendigen staatlichen Investitionen verbindet; für eine Politik, die die Kommunen stärkt und nicht unter dem Deckmantel eines angeblich ausgeglichenen Landeshaushaltes weiter in die Verschuldung treibt; eine Politik, die soziale Belange achtet; eine Politik, die mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und gesellschaftlichen Gruppen partnerschaftlich umgeht; einer Politik, die Sozialpolitik nicht als vermeintlich „konsumtive Ausgaben“ geringschätzt und schließlich eine Politik, die den Kontakt zum Menschen tatsächlich und

■ **Von Dr. Thomas Beyer MdL**
stellvertretender Vorsitzender der BayernSPD



glaubhaft sucht und nicht nur zu Grußwortfloskeln verkommen lässt.

Gegen Merks Weg in die Rezession

Auch bei den französischen Präsidentschaftswahlen entschied sich das Volk mit François Hollande eindeutig für einen Vertreter der politischen Überzeugung, die Ökonomie und soziale Verantwortung national wie international verbinden will; einer Politik, die nicht eigene Interessen zu Lasten der Partner durchsetzt; einer Politik, die Solidarität als politisches Grundprinzip nicht zuletzt im mittelfristigen eigenen Interesse ernst nimmt; einer Politik, die gerade in der Krise Europas erkennt, dass der bisherige Merkel'sche Kurs des „Sparens

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

04.06	20:15	Jusos Erlangen: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
11.06	20:15	Jusos Erlangen: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
12.06	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	E-Werk	S. 23
12.06	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Orpheus	S. 22
13.06	18:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 5
13.06	20:00	Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 23
19.06	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 21
20.06	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 25
20.06	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
21.06	18:00	AK Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 5
22.06	18:00	Linkes Forum in der SPD Erlangen	Orpheus	S. 4
23.06		Michael-Poeschke-Gesellschaft: Fahrt nach Flossenbürg		S. 3
25.06	20:15	Jusos Erlangen: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
26.06	20:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaaurach	S. 21
27.06	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 24
27.06	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	AWO-Begegnungsstätte Ost	S. 22

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12.00 Uhr
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-2181
 E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 12.00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
 Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

um jeden Preis“ am Ende ganz Europa in die Rezession führen wird.

Der Wind dreht sich

Die Wählerinnen und Wähler sind nicht mehr bereit, den haltlosen und volkswirtschaftlich unsinnigen Parolen eines „Sparens nur um des Sparens Willen“ zu folgen. Sie wenden sich gegen die Fortsetzung eines Kurses, der nicht nur den Sozialstaat kaputt sparen würde. Die Wählerinnen und Wähler sind klüger als die Regierungen des derzeitigen konservativ-liberalen Mainstreams. Sie erkennen, dass deren Politik auch nicht nachhaltig ist. Tatsächlich überantwortet gerade der nachfolgenden Generation größte Probleme, der ihr eine weitgehend marode staatliche Infrastruktur überlässt (Sanierungsbedarf der Staatsstraßen laut Bayerischem Obersten Rechnungshof und Innenministerium: 720 Millionen Euro; laut Staatsregierung ist jede 3. Brücke in staatlicher Trägerschaft erheblich sanierungsbedürftig). Die Wählerinnen und Wähler erkennen die fatale Wirkung unterlassener Zukunftsinvestitionen (endloses Trauerspiel um das schnelle Internet in ganz Bayern). Wählerinnen und Wähler entlarven zunehmend die Behauptungen von einem angeblich ausgeglichenen Staatshaushalt nicht nur vor dem Hintergrund neuer Schulden der derzeitigen Staatsregierung in zweistelliger Milliardenhöhe wegen des Landesbank-Desasters, sondern auch deshalb, weil die Sanierung der Landesfinanzen zunehmend deutlicher auf Kosten der Gemeinden erfolgt (ausbleibende Zuschüsse, Vorfinanzierungslasten, Überwälzung eigener staatlicher Aufgaben wie Radwegbau an Staatsstraßen in kommunale Sonderbaulast, gesetzeswidriges Verlangen nach Mitfinanzierung von Verkehrsprojekten des Bundes und des Landes durch die betroffenen Gemeinden).

Die Menschen in unserem Land und in Europa sind wieder offen für eine Politik, die ihnen tatsächlich Zukunftsperspektiven vermitteln kann. Das setzt voraus, dass Politik sich zur Notwendigkeit einer erfolgreichen Volkswirtschaft ebenso bekennt wie zum starken sozialen Rechtsstaat. Die Sozialdemokratie in Deutschland war immer dann am stärksten, wenn sie es verstanden hat, aus beiden gleichrangigen Zielen praktische Politik zu formulieren. Nordrhein-Westfalen zeigt, dass sich die Menschen auch und gerade heute (wieder) eine solche SPD in der Regierungsverantwortung wünschen.

Fahrt nach Flossenbürg am 23. Juni Es sind noch Plätze frei – schade, wenn sie leer blieben

Die Michael-Poeschke-Gesellschaft lädt ein zu einer Fahrt zur Gedenkstätte an das ehemalige Konzentrationslager in Flossenbürg.

Wir starten am Samstag, 23. Juni 2012 um 8 Uhr vom Parkplatz West mit einem Bus der Fa. Tanner und sind gegen 10 Uhr in Flossenbürg.

Wir werden in 2 Gruppen durch die Gedenkstätte geführt. Diese Führung wird ca. 3 Stunden dauern.

Wir werden dann ein Mittagessen einnehmen. Anschließend, so denke ich, können wir noch einen kleinen Spaziergang zur Burgruine Flossenbürg unternehmen.

Spätestens um 16 Uhr treten wir die Rückfahrt an, so dass wir um 18 Uhr wieder in Erlangen sein werden.

Ich habe mit dem Bürgermeister von Flossenbürg, dem Genossen Johann Kick, Kontakt aufgenommen und hoffe, dass er Zeit haben wird, zu uns zu stoßen – vielleicht beim Mittagessen.

Ich würde mich freuen, wenn unser Angebot auf breites Interesse stößt.

Die Kosten für die Busfahrt und die Führung werden 20 Euro pro Person nicht übersteigen

Anmeldungen bitte an

Heide Mattischeck

Tel.: 09545/442377

heide.mattischeck@web.de

Ich würde mich freuen, wenn unser Angebot auf Euer Interesse stoßen würde.

Selbstverständlich könnt ihr Euch auch im SPD-Büro bei Sabine Wehner (09131/8126522) anmelden.

Wichtige Informationen über die Gedenkstätte könnt Ihr Euch vorher schon mal im Internet ansehen.

Für die MPG

Heide Mattischeck

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Kreismitgliederversammlung im Juni findet wegen der Fußball-Europameisterschaft an einem **Mittwoch** statt. Wir laden euch ein zur

Kreismitgliederversammlung am Mittwoch (!), den 20. Juni 2012, 20:00 Uhr im Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. **Der Wind dreht sich: Eine andere Politik ist möglich**
Martina Stamm-Fibich, Bewerberin für die Bundestagskandidatur
3. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Bundeswahlkreiskonferenz am 20. Juli 2012
4. Anträge
5. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
6. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

PS: Aus formalen, wahlrechtlichen Gründen werden zu dieser Kreismitgliederversammlung mit Delegiertenwahlen alle Mitglieder nochmals eine gesonderte schriftliche Einladung erhalten.

Wie geht es weiter mit den Erlanger Bädern?

SPD stellte aktuelle Entwicklungen zur Diskussion

Im Rahmen eines von der Erlanger SPD organisierten Stadtgesprächs wurde versucht, die weitere Entwicklung der Erlanger Bäder aufzuzeigen. Bevor die etwa 90 erschienenen interessierten Bürgerinnen und Bürgern ihre Fragen, Kritik und Anliegen loswerden konnten, legten der Vorsitzende der Erlanger Stadtwerke, Matthias Exner, und der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Dr. Florian Janik, ihre Standpunkte dar.

Zunächst schilderte Herr Exner die aktuelle Bädersituation aus der Sicht der Stadtwerke, die nach dem von der SPD unterstützten Bürgerentscheid gegen die Bäderprivatisierung im Jahr 2005 den Betrieb der städtischen Bäder mit gemischten Gefühlen übernommen hatten. Exner betonte, dass für den Erhalt der Bäder zwar Geld im städtischen Haushalt vorgesehen sei, jedoch mit Blick auf anstehende Schulsanierungen andere Projekte in der Prioritätenliste ganz oben stehen. Für die Planungen des Um- bzw. Erweiterungsbaus des Freibads West hin zu einem Familienbad wurden auf Initiative der SPD-Fraktion 300.000 Euro in den Haushalt 2012 eingestellt. Mit der Konzeption wollen die Stadtwerke, sobald das Geld verfügbar

ist, ein Architektenbüro beauftragen und die Bürgerinnen und Bürgern sollen in die Planungen einbezogen werden.

Florian Janik betonte, dass die Ergänzung und Umgestaltung des Freibads West durch den Neubau eines Hallenbades alternativlos sei. Nur so könne, seiner Ansicht nach, ausreichend Raum für Schul- und Vereinssport bereitgestellt werden. Die Schließung des Hallenbades Frankenhof in der Stadtmitte aufgrund der hier notwendigen Investitionssumme in Höhe von neun Millionen Euro für eine Sanierung sahen sowohl Exner als auch Janik als unausweichlich. Neben der Hannah-Stockbauer-Halle im Röthelheimbad soll es aber nach Schließung des Frankenhofes weiterhin ein zweites Hallenbad in der Stadt geben. Für den Neubau eines Hallenbades im Westen der Stadt spricht der enorme Bevölkerungszuwachs in diesem Gebiet.

Allerdings verschwieg Janik nicht, dass die Erweiterung des Westbades auch mit negativen Effekten für die Bürgerinnen

und Bürger verbunden sein wird. So wird es während einer Übergangszeit von ein bis zwei Jahren nur ein Bad in Erlangen geben, denn für die Bauarbeiten müsse das Freibad West geschlossen bleiben. Zusammen mit den Vereinen und Anwohnern soll hier über eine für alle Seiten verträgliche Lösung nachgedacht werden. Janik betonte, dass die Stadt für das Bad im Westen nicht alle Kosten tragen kann, sondern eine Finanzierung über die Erlanger Stadtwerke angedacht sei. Die ESTW nehmen dazu einen Kredit auf, für welchen die Stadt Erlangen die Bürgerschaft übernimmt und sich an Zins und Tilgung beteiligt.

Im Dialog mit den Anwesenden stellten sich vor allem die Öffnungszeiten der Bäder als großes Ärgernis heraus. Herr Exner versprach, dass dieses Thema im Aufsichtsrat thematisiert werde und die ESTW bemüht sind, hier eine angemessene Lösung zu finden.

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum

**Diskussionsabend
am Freitag, 22. Juni,
18 Uhr (wegen Fußball-
EM-Spiel) in der Gaststätte
„Orpheus“, Luitpoldstr.
25, Nebenzimmer**

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juli/August 2012
22. Juni 2012

Fußball-EM in der Ukraine: Menschenrechte im Abseits?

Liebe Genossinnen und Genossen, mit der Partie am 9. Juni gegen Portugal beginnt für die deutschen Fußballer die Europameisterschaft in Polen und der Ukraine. Wir alle freuen uns auf spannende Spiele. Und wir freuen uns auf die Menschen in den Gastgeberländern, die sich für dieses Ereignis viel vorgenommen haben.

Sorgen machen uns allen jedoch die politischen Verhältnisse in der Ukraine – nicht nur wegen des Falls der früheren Ex-Ministerpräsidentin und Gas-Oligarchin Julija Timoschenko. Auch andere, weit weniger prominente Oppositionelle sitzen im Gefängnis. Menschenrechtsverletzungen – ganz gleich an wem – dürfen nicht geduldet werden.

Die Aufmerksamkeit, die der Ukraine jetzt zuteil wird, müssen wir nutzen, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Die Bundesregierung muss sich für die Menschen in der Ukraine und für die Einhaltung der grundlegenden demokratischen Spielregeln stark machen.

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für
den Wahlkreis Erlangen



Auch der Formel-1-Grand-Prix in Bahrain hat gezeigt, dass Sport nicht in einem Paralleluniversum stattfindet, sondern die politische Situation in einem Land auch für den Sport eine Rolle spielen muss.

Als Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats trete ich ein für die Einhaltung der Menschenrechte, für Demokratie und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in den 47 Mitgliedstaaten. Eine Missachtung dieser Werte, wo immer sie passiert, muss aufgezeigt und bekämpft werden.

Die Politik muss deshalb in Sachen Menschenrechte in der Ukraine nachhaltig am Ball bleiben – auch nach dem Abpfiff der Fußball-Europameisterschaft!

Mit herzlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

GERT zu Gast bei der SPD!

Vor einer Fraktionssitzung kamen einige Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion zusammen, um kurzzeitig gemeinsam alt zu werden.



Dr. Florian Janik testet mit Hilfe von Helga Steeger GERT

Als Vorsitzende des Seniorenbeirates hatte Helga Steeger einen Alterssimulationsanzug „GERT“ (kurz für gerontologischer Testanzug) organisiert. Dieser bietet die Möglichkeit, typische Einschränkungen älterer Menschen auch für Jüngere erlebbar zu machen. Charakteristische altersbedingte Gebrechen wie eine Verschlechterung der Seh- und Hörfähigkeit wurden anhand von Brillen und Ohrenschützern erprobt. Als Erster testete der Fraktionsvorsitzende

Dr. Florian Janik den kompletten Anzug und wurde somit von einem Moment auf den Andere in den Zustand eines etwa Sechzigjährigen versetzt. Janik fiel es vor allem schwer, die anderen Fraktionsmitglieder akkustisch zu verstehen, wenn alle durcheinander redeten. Auch die Einschränkung der Kopfbeweglichkeit, des Greif- und des Koordinationsvermögens machten ihm zu schaffen. Bei den anderen Testern konnte man besonders deutlich den altersbedingt veränderten Gang beobachten. Zwar konnte die als sehr sportlich bekannte Ursula Lanig auch im Alterssimulationsanzug noch durch das Fraktionsbüro joggen, aber auch sie musste feststellen, dass es bei Weitem anstrengender war als gewohnt.

Abschließend waren sich alle einig, dass GERT das Verhalten älterer Menschen verständlich macht und dass der gerontologische Testanzug eine äußerst sinnvolle Anschaffung des Seniorenbeirates ist, um auch z.B. Schüler für das Verhalten älterer Mitbürger zu sensibilisieren.

Fraktionsvorstand für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt

Am Montag, den 7. Mai, bestätigte die SPD-Fraktion nach weiteren zwei Jahren erneut ihren Vorstand im Amt. Dr. Florian Janik als Fraktionsvorsitzender sowie seine beiden Stellvertreterinnen Ursula Lanig und Barbara Pfister wurden jeweils für zwei weitere Jahre einstimmig gewählt.

Dr. Florian Janik freute sich über das große Vertrauen, das ihm und seinem Vorstand innerhalb der Partei und der Fraktion entgegengebracht wird. „Die SPD hat in den vergangenen zwei Jahren auf die richtigen Themen gesetzt und der Erfolg unserer Veranstaltungen unterstreicht, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, so Janik kurz nach der

Wahl. Des Weiteren wird Janiks Aussage durch das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den Veranstaltungen wie „Stadtgespräche“ und „Fraktion vor Ort“ in den Ortsteilen zu aktuellen Themen bekräftigt. Vor allem das letzte Stadtgespräch zum Thema „Wie geht es weiter mit den Erlanger Bädern?“ konnte als großer Erfolg von und für die SPD Erlangen verbucht werden.

Zudem konnte die SPD-Fraktion in den letzten zwei Jahren viele ihrer Ziele im Haushalt durchsetzen. „Mit so einem starken Team im Rücken macht die Arbeit Spaß und die Kommunalwahl kann kommen“, sagte Janik mit Blick auf 2014.

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 13. Juni, 18 Uhr
(wegen EM-Spiel) im August-Bebel-Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Die Verteilungsfrage (Paul Vath)
- Euro-Memorandum 2012, Abschnitt 3 „Stärkung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in Europa“ (Munib Agha)

Hinweis: Die vom WiPoAK zusammengestellten „Sozioökonomischen Strukturdaten Erlangen“ finden sich auf meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister und können dort heruntergeladen werden.

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wegen der Kollision mit dem verschobenen KMV-Termin treffen wir uns entgegen unserer Verabredung

**Mittwoch, 21. Juni, 18 Uhr
im August-Bebel-Haus**

Wir wollen unsere Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung beginnen. Sie kann von meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“ heruntergeladen werden.

Diesmal wird Hem Aichele referieren zum Abschnitt 1: Fakten und Hintergründe – Geschichtliche Hintergründe.

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Petitionsübergabe zu GBW-Wohnungen

Zusammen mit den Erlanger Mieterinnen und Mietern der GBW-Wohnungen übergaben die Landtagsabgeordnete Angelika Weikert und die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Gisela Niclas, eine Petition zur Sicherung der Sozialstandards an den bayerischen Innenminister. Die insgesamt über 500 Briefe an den bayerischen Ministerpräsidenten und Unterstützungsunterschriften für die Petition an die bayerische Staatsregierung, endlich soziale Verantwortung für die GBW-Mieter zu übernehmen, kamen in Erlangen sehr schnell zusammen.

Die Erlanger GBW-Mieterinnen und Mieter befürchten, dass ihre Wohnungen durch den drohenden Verkauf der Wohnbaugesellschaft an private Investoren zu Spekulationsobjekten werden. „Genau deshalb muss der Freistaat den Wohnungsbestand übernehmen“, so Weikert und Niclas.

In ihrer Petition fordern die Erlanger Mieterinnen und Mieter den Freistaat auf, den Wohnungsbestand der Bayern-



Übergabe der Petition an Innenminister Joachim Herrmann durch Mieterinnen und Mieter sowie Angelika Weikert (2. von rechts) und Gisela Niclas (rechts)

LB abzukaufen sowie die individuellen Mietverträge mit Kündigungsschutz und Umwandlungsschutz zu ergänzen. Darüber hinaus soll eine Reduzierung der Kappungsgrenze auf höchstens 10 Prozent in drei Jahren gewährleisten, dass die Mieten für die Mieter nicht unbezahlbar werden.

Anders als von Söder bislang zugesichert, wird es nun wohl doch zu einem offenen Bieterverfahren um die GBW-

Wohnungen kommen. Die Gefahr steigt, dass die Wohnungen bei einem Verkauf an private Investoren zu Spekulationsobjekten zu werden. Wir brauchen deshalb dringend konkreten Mieterschutz durch zusätzliche Sozialklauseln zu den Mietverträgen. Zentrale Forderung bleibt aber, dass der Freistaat Bayern den Wohnungsbestand übernimmt.

Zum Hintergrund: Die Aktien der GBW-Gruppe, welche allein in Erlangen über 2.400 Wohnungen verfügt, befinden sich im Besitz der Bayerischen Landesbank (BayernLB). Die BayernLB ist bekanntermaßen durch dubiose Geschäfte mit der österreichischen Hypo AlpeAdria in massive wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen. Nun will die bayerische Landesregierung durch den Verkauf der GBW-Aktien einen Teil des an die BayernLB gewährten 10-Milliarden-Kredits zurückerhalten.

Die Unterschriftensammlung soll auch in den kommenden Wochen weiter gehen. Weitere Informationen finden Sie unter spd-erlangen.de

Ja zu mehr Kinderbetreuung!

Erfolgreicher Infostand der Erlanger SPD zur Massenpetition in Bayern

Die Unterschriftensammlung für die Massenpetition „Ja zu mehr Kinderbetreuung! Nein zum Betreuungsgeld!“ ist in Erlangen gut angelaufen. Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Angelika Weikert konnten die Erlanger Sozialdemokraten bei einem Infostand bereits mehrere hundert Unterschriften sammeln. Die Bayerische Staatsregie-

rung wird mit der Petition aufgefordert, den Ausbau der Kinderbetreuung massiv voranzutreiben und sich im Bundestag gegen die Einführung des Betreuungsgeldes einzusetzen.

„Unser Ziel ist es, bis zum 1. Juli bayernweit so viele Unterschriften zu sammeln, dass der bayerische Landtag und die Staatsregierung Farbe bekennen müssen, wofür sie stehen. Kinderbetreuung ausbauen und gleichzeitig Geld dafür zahlen, dass Kinder von einer frühkindlichen Bildung ferngehalten werden, passt nicht zusammen“ sagte SPD-Kreisvorsitzender Dieter Rosner.

„Die geplante Einführung eines Betreuungsgeldes ist ein Rückschritt und gefährdet wichtige Ziele der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik“ erklärte Landtagsabgeordnete Weikert

ihren Widerstand gegen die Pläne von Schwarz-Gelb in Bund und Land. Das Betreuungsgeld konterkariere die Anstrengungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „Stattdessen wird ein falscher Anreiz geschaffen, sich aus dem Beruf zurückzuziehen. Das Betreuungsgeld ist vor allem auch nicht im Interesse derjenigen Kinder, die eine frühzeitige intensive Förderung benötigen“ kritisierte Weikert, die im Bayerischen Landtag Mitglied des Sozialausschusses ist. Als „skandalös“ bezeichnet Weikert das Vorhaben der Bundesregierung, Hartz-IV-Empfänger vom Betreuungsgeld auszuschließen: „Mit dem Betreuungsgeld betreibt schwarz-gelb einmal mehr bloße Klientelpolitik. Die Familien, deren Kinder besonders auf Förderung angewiesen sind, gehen hingegen leer aus.“

Die Massenpetition können Sie auch online unterschreiben: <https://petition.bayernspd.de>



Angelika Weikert am Infostand

Walter Schweigert wird 60 – Herzlichen Glückwunsch

Im Namen SPD-Kreisverbandes Erlangen und der SPD-Stadtratsfraktion und persönlich in freundschaftlicher Verbundenheit gratuliere ich unserem engagierten Genossen und ehemaligen Kreisvorsitzenden Walter Schweigert sehr herzlich zu seinem 60. Geburtstag.

Für den Kreisverband der Erlanger SPD ist Walter mit seinen fundierten und orientierenden Beiträgen ein wichtiger und verlässlicher Mitstreiter, der mit seinen analytisch versierten Beiträgen aktuelle Entwicklungen immer wieder kritisch-konstruktiv auf den Punkt bringt.

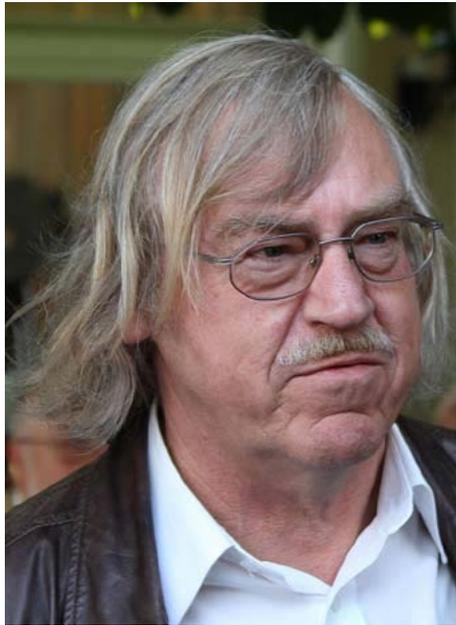
Die SPD Erlangen hat ihm viel zu verdanken. Wie kaum ein anderer hat er die programmatische und inhaltliche Arbeit nicht nur in Wahlkampfzeiten vorgebracht und entscheidend mitgeprägt. Er lässt auch in Zeiten nicht nach, in denen die Bereitschaft zu einer kontinuierlichen Grundlagendiskussion in der Partei nur sehr mühsam aufrecht zu erhalten ist.

Aufgewachsen und zur Schule gegangen ist Walter in Neustadt/Aisch – seine Eltern hatten dort einen landwirtschaftlichen Betrieb. Sein fundiertes geschichtliches Wissen, sein Interesse an Literatur und den Entwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft hat sich Walter systematisch und hart nicht nur während seines Studiums in Deutsch, Geschichte und Sozialkunde an der FAU in Erlangen erarbeitet. Er ist seit vielen Jahren als Lehrer in Nürnberg tätig und lebt mit seiner Familie in einer der schönsten Ecken der Erlanger Altstadt.

Seine Hartnäckigkeit und das „den-Dingen-auf-den-Grund-Gehen“ sind Eigenschaften, die nicht nur sein berufliches, sondern auch sein politisches Handeln geprägt haben. Bereits bei den Jungsozialisten des damaligen Bezirks Franken hat Walter sein gesellschaftspolitisches Interesse, Widersprüchliches kritisch und deutlich zu benennen, als eine Tugend entwickelt.

Bei den „Partei-Oberen“ stieß diese Haltung in den 70er Jahren nicht immer auf Gegenliebe. Die Auseinandersetzungen um die geeignete Strategie auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus waren hart. Und sie gipfelten im Zusammenhang mit dem Parteiausschluss von Klaus-Uwe Benneter und der darauf folgenden Juso-Solidarisierungswelle sogar in einem Funktionsverbot für das Juso-Vorstandsmitglied Walter Schweigert.

Eine vollkommen überzogene, undemokratische Reaktion des damaligen SPD-Bezirksvorstands, die im Nachhin-



ein betrachtet zum Glück das Gegenteil, nämlich ein verstärktes (partei)politische Engagement vieler damaliger Jusos bewirkt hat.

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



Auch Walter hat in der Folgezeit – nach dem Studium in Erlangen – wichtige Funktionen im Vorstand der Erlanger Partei übernommen. So war er u.a. Mitte der Achtziger bis Anfang der neunziger Jahre Referent für Schulung und Arbeitskreise und hat selbst in vielen Arbeitskreisen, insbesondere im Wirtschaftspolitischen Arbeitskreis, mitgearbeitet und zu einer Vielzahl von Themen regelmäßig im Monatsspiegel fundierte Beiträge geschrieben

Hervorzuheben ist vor allem sein Interesse an Geschichte im Allgemeinen und an der Geschichte der Partei in Erlangen im Besonderen. So war es ihm ein Herzensanliegen, seine wissenschaftliche Kompetenz federführend als Herausgeber in das Projekt der Dokumentation „120 Jahre Sozialdemokratie in Erlangen“ einzubringen. Herausgekommen ist eine hervorra-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.06. Wolfgang von Rimscha
75 Jahre

03.06. Heinz Triftshäuser
82 Jahre

04.06. Karin Zwanzig von Taboritzki
74 Jahre

06.06. Ruhi Teksifer
77 Jahre

06.06. Gisela von Rimscha
76 Jahre

07.06. Walter Schweigert
60 Jahre

07.06. Karl Gnad
82 Jahre

08.06. Rolf Schowalter
65 Jahre

12.06. Christa Schmitt
71 Jahre



12.06. Miroljub Kostic
65 Jahre

17.06. Gert Büttner
65 Jahre

19.06. Erich Reim
92 Jahre

22.06. Rolf Bernard
60 Jahre

30.06. Klaus-D. Löw
65 Jahre

gende und vielbeachtete Arbeit, die auch in den Erlanger Nachrichten „als Glücksfall“ betrachtet wurde, „der wissenschaftlichen Ansprüchen ebenso gerecht wird wie literarischen und ästhetischen.“

Auch für die Partei hat Walter in einer schwierigen Zeit der Umbrüche nach der Wende Verantwortung übernommen und als Vorsitzender in der Nachfolge von Helmut Pfister von 1991 bis 1997 wahre Kärrnerarbeit geleistet, um den „Laden zusammenzuhalten“ und das Notwendige mit dem Machbaren zu verbinden.

Ich kann der Einschätzung von Wolfgang Vogel nur zustimmen: „Es ist ihm und seinen damaligen Mitstreiter/innen (allen voran Gerlinde Uhl und Helmut Aichele) gelungen, in einer auch bundespolitisch schwierigen Phase nach der Wiedervereinigung, in einer Phase, in der die Partei nicht nur in den

Meinungsumfragen massiv an Attraktivität verloren hat, die Erlanger SPD als lebendigen und inhaltlich engagierten Kreisverband weiterzuentwickeln. Dies war keine leichte Aufgabe. Und sie wurde von Anfang an vor allem auch in der veröffentlichten Meinung der Erlanger Presse, ‚landschaft‘ nicht gerade freundlich kommentiert. Es hat viel Zeit, Kraft und Entbehrungen gekostet. Walter hat sie in seiner zurückhaltenden Art selbstlos auf sich genommen – entsprechend gebührend gedankt wurde es ihm rückblickend nicht.“

Dieser gewiss nicht immer faire Umgang wird den Leistungen, die Walter über Jahrzehnte für die Erlanger SPD erbracht hat, in keiner Weise gerecht. Er hat – trotz mancher Verletzung – kein großes Aufheben darum gemacht und sich auch nicht aus der Parteiarbeit zurückgezogen. Im Gegenteil: Als Vorstandsmitglied im Distrikt Innenstadt

und Mitglied im Kreisvorstand lässt sich Walter auch weiterhin auf die aktive Gremienarbeit ein und steht uns mit Rat und Tat zur Seite.

Deswegen an dieser Stelle nochmals ein ausdrückliches „Dankeschön“. Herzlichen Dank für deine Arbeit, für deine kritische Solidarität mit der du die Erlanger Partei mitentwickelt und in den letzten Jahren begleitet hast.

Lieber Walter, wir wünschen Dir zu Deinem Geburtstag alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Geduld mit uns, Muße für Dich und Deine Familie. Wir wünschen Dir viel Zeit für die Dinge, die dir neben Deiner Familie wichtig sind – allen voran die Freude an Kunst, Theater, Reisen, Kochen und mit Freunden zusammen sein.

Freundschaft!
Dieter

Karin Sichel: Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag

Im Namen der Erlanger SPD und auch ganz persönlich gratuliere ich Dir, liebe Karin, zu einem runden Geburtstag. Wir, die wir Dich lange kennen, wissen, dass Du es nicht besonders schätzt, im Mittelpunkt zu stehen – schon gar nicht für ein Ereignis, zu dem Du gar nichts beigetragen hast. So würdest Du es ausdrücken. Aber nun musst Du es Dir gefallen lassen, beglückwünscht zu werden. Alles Gute, liebe Karin – behalte Dir Deinen Optimismus, der Dir auch in schwierigen Zeiten geholfen hat

Am 27. Mai 1942 ist Karin in Berlin geboren und dort aufgewachsen. Nach dem Abitur ging sie nach Bad Reichenhall in Oberbayern, um auf der dortigen Hotelfachschule eine Ausbildung zur Hotelkauffrau zu machen. Im Anschluss daran arbeitete sie einige Jahre in einem Hotel in Garmisch-Partenkirchen.

Von 1966 bis 1968 studierte Karin am Institut für Fremdsprachen und Auslandskunde in Erlangen. Nach ihrem Abschluss als Übersetzerin und Dolmetscherin für Englisch und Französisch,

war sie viele Jahre bei der Firma Wittmann in Erlangen tätig, davon ein Jahr in einer Niederlassung der Firma in Manila auf den Philippinen.

Ende der 60er Jahre begann Karin Sichel, sich politisch zu engagieren – zunächst in der Erlanger Wählerinitiative, später in der SPD, in die sie 1971 eingetreten ist. In diesen Jahren des allgemeinen gesellschaftlichen Aufbruchs, der auch in der Erlanger SPD politisch und personell gewaltige Veränderungen nach sich zog, engagierte sich Karin Sichel gemeinsam mit anderen jungen Frauen in der Erlanger SPD z. B. für eine Neuregelung des Paragraphen 218. Es gab zu dieser Zeit noch keine Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Die Arbeit der bestehenden Frauengruppe entsprach nicht dem, was Karin Sichel und andere engagierte junge Frauen unter fortschrittlicher und eigenständiger Frauenpolitik vorstellten.

Beruflich wagte Karin sich für einige Jahre in die Selbstständigkeit, später war sie als Mitarbeiterin der Europaabgeordneten Wilmya Zimmermann

■ Von Heide Mattischeck



tätig. Nach deren Ausscheiden aus dem Europaparlament arbeitete sie bis zum Eintritt in ihren Ruhestand im Anwaltsbüro von Petra-Maria Schreiber-Dach.

1990 kandidierte Karin Sichel für ein Stadtratsmandat. Sie wurde gewählt und hat sich als Stadträtin besonders engagiert der Finanzpolitik gewidmet. Bei der Kommunalwahl 1996 kandidierte sie erneut für ein Mandat, erreichte es jedoch nicht.

Seit einigen Jahren im wohlverdienten Ruhestand genießt es Karin Sichel, all die vielen Bücher zu lesen, für die sie früher wenig Zeit hatte.

Liebe Karin, möge Dir der Lesestoff und die Freude am Verschlingen desselben nicht ausgehen – das wünscht Dir im Namen vieler Freundinnen und Freunde Deine Heide

Wolfgang von Rimscha zum 75. Geburtstag

Wolfgang von Rimscha – dem kommunalen Beamten (als langjähriger Leiter des Rechtsamtes der Stadt Erlangen) und Genossen (mit großem Engagement für soziale Gerechtigkeit, Umwelt und Kultur) – gratulieren wir mit Dankbarkeit und großer Sympathie zu seinem 75. Geburtstag.

Die korrekte Wahrung seiner Beamtenpflicht zu parteipolitischer Neutralität wurde Wolfgang von Rimscha schon in der Würdigung zu seinem 70. Geburtstag im MS Juni 2007 bestätigt. Darin wurden auch seine dienstlichen und „nebdienstlichen“ Verdienste erwähnt: Der große Erfolg beim Bundesverwaltungsgericht in Sachen Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A 73, die kurz darauf zu einer umweltfreundlicheren Änderung (Klarstellung) der StVO führte, die gerechte Limitierung der Grundstückspreise im Entwicklungsgebiet West und sein großer Anteil an der Entwicklung und späteren Befriedung der Theaterszene in Erlangen.

Er vermied es klug, sich in den schablonenhaften Flügelzuordnungen der Erlanger SPD zu positionieren. Wohl deshalb und wegen seiner immer betont sachlichen Art zu argumentieren genoss er auch bei politisch anders orientierten Stadtratsmitgliedern und Verwaltungskollegen großen Respekt, sogar hohes Ansehen. Dieses verschaffte er sich im Laufe der Jahre durch wichtige, teils bahnbrechende Erfolge, die er auf dem Wege durch die höheren Gerichtsinstanzen jeweils zugunsten der Stadt erreichen konnte.

Seine hochqualifizierte dienstliche Arbeit war auch geprägt von der schlichten, aber stimmigen Definition seines Dienstherrn, des Oberbürgermeisters Dr. jur. Hahlweg, die da lautete: „Recht ist geronnene Politik“. Dies beinhaltet, dass alle von Menschen gemachten Rechtsregeln in Gesetzen, Verordnungen, Satzungen usf. durch politische Entscheidungen veränderbar, zumindest interpretierbar und neueren Fakten anpassbar sein müssen. Von diesem liberalen und sozialdemokratischen Rechtsverständnis war die Arbeit von Rimschas immer bestimmt.

Besonders exemplarisch und ja auch politisch motiviert ist hierfür sein engagiertes, beharrliches Eintreten für

den Stadtratsbeschluss, Erlangen zur „atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Das „Geht-nicht“-Verdikt der Regierung hob der Bayerische Verwaltungsgeschichtshof auf und bestätigte die Rechtmäßigkeit des Stadtratsbeschlusses.

In dieselbe Kategorie gehört sein mit größtem Eifer und juristischen Finessen bewerkstelligter, entscheidender Beitrag zum Ergebnis der langwierigen Verhandlungen über die Freimachung des US-Geländes (ehemaliger „Exer“) und dessen Ankauf durch die Stadt. Dieser zunächst umstrittene „Coup“ brachte beim Weiterverkauf der Baugrundstücke durch die Stadt bis heute satte Gewinne in Millionenhöhe. Diese erst haben es dem Stadtrat ermöglicht, in Zeiten knappster bzw. defizitärer kommunaler Finanzen nahezu ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Diese Planungsgewinne nicht dem freien Markt zu überlassen, sondern zu kommunalisieren, hat über Erlangen hinaus Schule gemacht und war nicht zuletzt ein Erfolg juristischen „Hochreckturnens“ des Rechtsamtleiters von Rimscha – und ganz im Sinne seines

■ **Von Ursula Lanig**
Stadträtin



■ **Von Dr. Dietmar Habermeier**
Rechts- und Umweltreferent
der Stadt Erlangen a.D.



Beamteneides, „Schaden von der Stadt abzuwenden und ihren Nutzen zu mehren“.

Auch heute arbeitet Wolfgang v. Rimscha, der unruhige Ruheständler, an der Fortschreibung der Geschichte der Erlanger SPD kenntnisreich und hochqualifiziert mit, er steht dem Theater nach wie vor förderlich nahe und weist oft frühzeitig auf sich anbahnende Missstände in Erlangen hin. Dafür und für seine immer konstruktive kritische Begleitung danken ihm im Namen der Erlanger SPD

Wolff, „ad multos annos“!

Dietmar Habermeier und Ursula Lanig

Der Distrikt Tennenlohe gratuliert seinem langjährigen Vorsitzenden



Lieber Rolf, mehr als 30 Jahre arbeitest Du nun aktiv in unserem Distrikt mit und bist seit 16 Jahre unangefochten unser Vorsitzender. Du hast Dir in dieser Zeit viele Verdienste erworben und unseren Distrikt zusammengehalten und ihn zu einem der aktivsten im Kreisverband geführt.

Immer wieder hast Du neue Themen aufgegriffen und gleichermaßen Ideen

von Mitgliedern aufgenommen.

Dank Deines Einsatzes ist der Tennenloher Bote eine im Ort gerne gelesene und beliebte Ortsteilzeitung.

Auch im Kreisverband und gegenüber der Fraktion trittst Du offensiv die Interessen von Tennenlohe und des Distriktes.

Dein Engagement gegen das G6 hat Dir bei der Tennenloher Bevölkerung viele Sympathien eingebracht und wird uns vor Ort bei der nächsten Wahl sicherlich einen großen Schub geben.

Der Distrikt Tennenlohe wünscht Dir zu Deinem 65. Geburtstag alles Gute, viel Glück und Gesundheit und hofft, noch lange von Deinem Engagement zu profitieren.

Stadt-Umland-Bahn StUB muss kommen! Jetzt!

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 10. Mai 2012

Die Erlanger SPD spricht sich für eine Stadt-Umlandbahn (StUB) zwischen Nürnberg, Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt aus. In einem ersten Schritt ist die Verbindung zwischen Nürnberg-Wegfeld, Erlangen-Bahnhof, Herzogenaurach und Uttenreuth zu realisieren. Damit wird die dringend notwendige Verkehrsinfrastruktur für den Großraum geschaffen und die großen Arbeitgeber sowie die Universität mit den Wohnquartieren in und um Erlangen durch ein attraktives Nahverkehrsmittel verbunden.

Die Erlanger SPD fordert die SPD-Stadtratsfraktion auf, sich in den relevanten Gremien dafür einzusetzen, dass die Grundsatzentscheidung für die StUB schnell getroffen wird.

Die Entscheidung darf nicht länger durch die Unentschlossenheit und Blockadepolitik des Oberbürgermeisters Dr. Balleis und seiner Fraktion hinausgezögert werden.

Bei den dann anstehenden Detailplanungen ist eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Stadtteilen sicherzustellen.

Begründung (nicht Teil des Beschlusses)

Nachdem der VGN kürzlich neue Zahlen veröffentlicht hat, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der seit langem diskutierten StUB belegen, ist eine Entscheidung im Erlanger Rathaus nun überfällig. Die Städte Nürnberg und Herzogenaurach haben bereits eindeutig Position bezogen und sich für die Realisierung des Projekts ausgesprochen. Ziel ist es, in spätestens zehn Jahren zusammen mit der Straßenbahn von Nürnberg nach Erlangen sowie in den Landkreis Erlangen-Höchstadt bis Herzogenaurach und Uttenreuth fahren zu können. Langfristig ist die Verlängerung der Trasse bis nach Eckental wünschenswert.

Die neue Straßenbahnverbindung wird täglich mehr als 13.000 neue Fahrgäste für den ÖPNV bringen. Ohne eine leistungsstarke Schienenverbindung kann Erlangen die Pendlermassen auf kurz oder lang nicht mehr bewältigen. 60.000 Menschen fahren täglich zu ihren Arbeitsstellen nach Erlangen und 15.000 Erlanger fahren zum selben Zweck morgens aus der Stadt heraus und im Laufe

des Tages wieder zurück. Die Verkehrsbelastung ist damit immens.

Die Region muss mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Das Vorhaben StUB ist daher sinnvoll und notwendig. Das Verkehrssystem ist derzeit am Limit dessen, was es leisten kann.

Ein vom Erlanger OB favorisiertes Bussystem (RoBus) kommt aus Sicht der SPD als Alternative nicht in Frage, da Busse zusammen mit Autos auf den Straßen im Stau stehen. Außerdem kann diese Busalternative nur halb so viele neue Fahrgäste anlocken. Auch hinsichtlich Klimaschutz und Energiewende spricht sich die SPD klar gegen RoBus aus.

Bei der Planung und Realisierung des StUB-Projekts setzt die Erlanger SPD auf die Unterstützung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Stadtteile. Ihre Meinung ist gefragt, um die Umsetzung optimal für alle Beteiligten zu gestalten.

Es ist an der Zeit, eine Entscheidung zu treffen und das Projekt StUB Hand in Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern anzugehen!

Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 19. April 2012

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder

Begrüßung der Anwesenden und des Referenten durch Dieter Rosner

2. Für eine Politik, die Frieden schafft

Vortrag von Peter Schönlein mit anschließender Diskussion (vgl. Abdruck im Monatsspiegel Mai)

3. Anträge

- Initiativantrag: „Friedensbildung statt Bundeswehr an unseren Schulen“: Dieter Rosner lässt darüber abstimmen, ob der Antrag zur Abstimmung zugelassen wird. Die KMV beschließt die Zulassung. Der Antrag wird ebenfalls von der KMV beschlossen.
- „Innerparteiliche Demokratie und Meinungsvielfalt stärken“: Der Antrag wird einstimmig von der KMV beschlossen
- „Merkels Fiskalpakt ablehnen. Souveränität europäischer Staaten bewahren“: Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen

ren“: Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen

- „Eine neue Koalition nur mit sozialdemokratischer Politik“: Helmut Pfister bringt einen Änderungsantrag von Helmut Aichele ein: Im Antrag solle gefordert werden den Spitzensteuersatz zu streichen und die Begrenzung der Sozialabgaben aufzuheben. Diesen Änderungsantrag übernimmt der Antragsteller nicht.

Der Antrag wird vom Antragssteller aber folgendermaßen umformuliert, dass bei Koalitionsverhandlungen die Streichung des Spitzensteuersatzes und die Aufhebung der Begrenzung der Sozialabgaben maßgebliche Forderungen sein sollen. Außerdem wird im Antrag umformuliert: „Wir fordern deswegen die SPD-Bundesspitze und die SPD-Bundestagsfraktion auf, mit der Partei bzw. mit den Parteien eine Koalition einzugehen, mit der bzw. mit denen man so viele der un-

ten aufgezählten Forderungen wie möglich durchsetzen kann.“

Bei der Abstimmung wird der Änderungsantrag von Helmut Aichele bei zwei Ja-Stimmen abgelehnt. Der wie oben beschrieben umformulierte Antrag wird von der KMV einstimmig beschlossen.

4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften

Bericht von der Veranstaltung des Friedensbündnisses zur Lage in Syrien von Rolf Schowalter

5. Verschiedenes

- 25. April: Veranstaltung Erlanger Bäder
- 5. Mai, 12:00 bis 15:00 Uhr: Infostand der Erlanger SPD zum Betreuungsgeld
- 1. Mai: Infostand der SPD bei der Mai-Kundgebung

Birgit Brod

ÖPNV-Finanzierung sicherstellen und ausbauen – kommunale Selbstverwaltung stärken

Beschluss des SPD-Kreisvorstands Erlangen

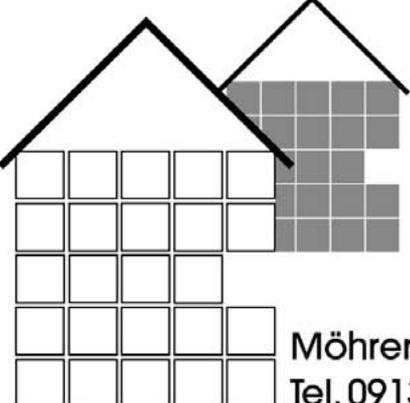
Nur durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kann Mobilität für alle auf umweltfreundliche Weise bereitgestellt werden. Nötig ist jedoch nicht nur die Sicherstellung des jetzigen ÖPNVs, sondern dessen Ausbau, um eine Verlagerung vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den umwelt- und klimafreundlichen ÖPNV zu erreichen und z.B. auch den veränderten Bedürfnissen durch den demographischen Wandel gerecht zu werden.

Dies bedeutet, dass in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Geld für den ÖPNV zur Verfügung stehen muss.

Die Finanzierungsstruktur des ÖPNV ist daher grundlegend zu reformieren und zu ergänzen. Die Zeit dafür drängt, da die Förderung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) 2014 aus der Zweckbindung für den Verkehr und Ende 2019 dann komplett wegfällt und zudem 2014 auch eine Neuregelung der Regionalisierungsmittel ansteht.

Die soziale und ökologische Befriedigung und Sicherung der Mobilitätsbedürfnisse und der Versorgung mit Energie und Wasser stellen zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge dar. Wegen ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung sind beide Bereiche genuine Aufgaben der öffentlichen Hand und hier, wegen der Gebundenheit an die örtliche/regionale Infrastruktur und der demokratischen Notwendigkeit von größtmöglicher Transparenz und Bürgernähe, vor allem der Kommunen. Gemeinwohl muss Vorrang vor dem privatwirtschaftlichen Gewinnkalkül haben.

Die Umsetzung der Energiewende auf kommunaler Ebene ist nur mit der Veränderung des Modal Splits der verschiedenen Verkehrsträger vom MIV auf den Umweltverbund, also ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr, möglich. Zum Erreichen der dringenden Ziele im Bereich von Umwelt- und Klimaschutz ist daher ein angebotsorientierter Ausbau des ÖPNVs unbedingt erforderlich.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 4 32 26
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

1. Aktueller Stand

Die Finanzierung des ÖPNV setzt sich derzeit zusammen aus folgenden Beiträgen:

- Nutzerfinanzierung: Der Beitrag aus Fahrkarten sowie hinzukommend Werbe- und Pachteinnahmen ist der größte Anteil (bundesweit 2008 8,9 Milliarden Euro von 25 Milliarden Euro gesamt, entspricht 36 Prozent, Quelle: cnb). Im europäischen Vergleich ist der Nutzeranteil in Deutschland schon jetzt sehr hoch.
- Tarifersatzleistungen: Fahrten von SchülerInnen, Auszubildenden und Schwerbehinderten werden durch öffentliche Zuschüsse bezahlt oder ermäßigt. Zudem wird die Bildung von Verkehrsverbänden unterstützt.

Im Zuge der Sparmaßnahmen auf Bundesebene insbesondere nach dem Koch-Steinbrück-Papier zum sog. Subventionsabbau wurden die Fahrtzuschüsse deutlich gekürzt. Für die Zukunft ist zudem durch den demographischen Wandel mit rückgehenden Schüler- und Auszubildendenzahlen auch weiterhin mit

sinkenden Tarifersatzleistungen zu rechnen. Dies ist besonders für ländliche Regionen ein Problem.

- Investitionsförderung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) durch den Bund, ergänzt mit Mitteln von Ländern oder auch Kommunen.
- Regionalisierungsmittel für den Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV): Seit der Bahnreform 1994 zahlt der Bund den Ländern sog. Regionalisierungsmittel. Mit diesen bestellen sie Beförderungsleistungen.

Die Regionalisierungsmittel wurden durch die Umsetzung des Kochsteinbrück-Papiers zum sog. Subventionsabbau von 2003 erheblich gekürzt. Die Mittel sind derzeit mit einer Erhöhung um 1,5 Prozent im Jahr dynamisiert. Die Preiserhöhungen bei den nötigen Vorleistungen wie z.B. Trasse, Stationen sind jedoch wesentlich höher. (Gesamtsumme Regionalisierungsmittel 2011 ca. 7 Milliarden Euro, davon ca. 1 Milliarden Euro an Bayern).

- Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG): Investitionsmittel für den Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV): Investitionen in den ÖSPV (inklusive Straßen- und U-Bahnen) werden derzeit noch durch das GVFG mit Mitteln aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes gefördert. Im Zuge der Föderalismusreform wurde das GVFG abgeschafft.

Die Mittel des GVFG wurden bislang zu 20 Prozent direkt vom Bund (für Großvorhaben) und zu 80 Prozent über die Kommunen an die Länder gegeben.

Ende 2019 läuft nun das GVFG komplett aus. Wie es mit der dringenden notwendigen ÖSPV-Finanzierung weitergeht, ist völlig offen.

Für die Übergangszeit steht derzeit durch das Entflechtungsgesetz die den bisherigen Landes-GVFG-Mitteln entsprechende Summe von 1.335.500.000 Euro weiterhin zur Weitergabe an die Kommunen zur Verfügung. Jedoch sind diese Mittel ab 2014 nicht mehr an gemeindeverkehrliche Zwecke, sondern nur allgemein an investive Zwecke gebunden. Manche Bundesländer haben eigene Landes-GVFG erlassen, in denen die Verkehrszweckbindung weiterbesteht (auch Bayern).

2013 steht allerdings zudem eine Überprüfung an, ob die Landes-GV-

FG-Mittel überhaupt noch bis 2019 weitergezahlt werden.

Auch das Bundesprogramm des GVFG läuft 2019 aus. Die Zukunft steht in den Sternen.

- Steuerliche Vergünstigungen: Dadurch dass die Verkehrsverträge zur Bestellung von Leistungen nicht mehrwertsteuerpflichtig sind und auf Fahrkarten im ÖPNV nur der ermäßigte MwSt.-Satz berechnet wird, ergeben sich Einsparungen an Mitteln, die ansonsten als Kosten angefallen wären.

Im Freistaat Bayern existieren als Landesförderung:

- Förderung von Fahrzeugneu- und Ersatzbeschaffungen: Bis 2006 stand für Busse jährlich über 50 Millionen Euro zur Verfügung. Dies entsprach ca. einem Drittel der gesamten Fördermittel für den ÖPNV mit Bussen (Quelle: Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmer (LBO) e.V.). 2007 und 2008 strich die bayerische Staatsregierung die Beschaffungsförderung für Busse komplett.

Mit einem jährlichen Fördervolumen von 30 Millionen Euro, also ca. der Hälfte, wurde die Busförderung ab 2009 wieder aufgenommen. Diese Förderung soll nun vorrangig dem ÖPNV in der Fläche dienen. Desweiteren hatte der Freistaat in den letzten Jahren auch die Förderung der Beschaffung von Schienenfahrzeugen gekürzt.

- ÖPNV-Zuweisungen: Diese Zuweisungen erfolgen ausschließlich an den Nahverkehr zweckgebunden nach einem Schlüssel an die Gebietskörperschaften. Überwiegend wird damit der Buslinienbetrieb finanziert. Für diesen sind sie im Freistaat Bayern eine sehr wichtige Finanzierungsquelle. Umso gravierender ist die Kürzung der Mittel um 37,5 Prozent von 75 auf 47,3 Millionen Euro durch die bayerische Staatsregierung im Nachtragshaushalt 2004. Bis heute wurde dies nicht korrigiert, die Mittel betragen 2010 auch nur 50,5 Millionen Euro. Die Einsparungen gehen direkt zu Lasten der Kommunen.

Die noch nicht gedeckten Kosten bleiben bei den Kommunen hängen: Kommunale Mittel für Betrieb des ÖSPV. Üblich ist hier der kommunale Querverbund: Städtische Defizitbetriebe wie der ÖPNV werden durch die Gewinne

der Stadtwerke im Energiebereich querfinanziert. Durch den Querverbund in einem Unternehmen lassen sich zudem die Gewinne aus dem Energiebereich mit den Verlusten z.B. aus dem ÖPNV verrechnen, wodurch die Steuerlast sinkt. Unter dem Druck der Liberalisierung und des Wettbewerbs lassen sich jedoch für die Stadtwerke immer weniger Gewinne aus dem Energiegeschäft realisieren. Dadurch wird diese Finanzierungsmöglichkeit zunehmend schwieriger.

2. Zukünftige Finanzierung des ÖPNV

Alleine schon damit der ÖPNV in der jetzigen Qualität aufrechterhalten werden kann, benötigt er eine klare, langfristige Finanzierungsstruktur. Erst recht, wenn er, wie aus ökologischen und sozialen Gründen unabdingbar, weiter ausgebaut werden soll.

Viele Kommunen sehen unter dem Hintergrund dieser Finanzstrukturprobleme und zudem allgemein klammer Kommunalkassen derzeit Fahrpreiserhöhungen als einzigen Ausweg, um nicht den noch schlimmeren Weg von Angebotskürzungen und damit einer Verschlechterung des ÖPNVs gehen zu müssen.

Die negativen Folgen sind sinkende Fahrgastzahlen und Belastungen der ohnehin sinkenden Einkommen breiter Bevölkerungsschichten.

Damit dies ein Ende hat, sind Bund und Länder gefragt, endlich ausreichende und verlässliche Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV zu schaffen.

Eine neue Finanzierungsquelle für den ÖPNV: Die Nahverkehrsabgabe

Angesichts der unklaren Zukunft der Finanzstrukturen und des Schrumpfens diverser Finanzierungsquellen brauchen die Kommunen insbesondere auch verstärkt Möglichkeiten, direkt Mittel für den ÖPNV abzuschöpfen. Eine Lösungsoption stellt hier eine Nahverkehrsabgabe von Unternehmen dar.

Die Unternehmen profitieren mittelbar durch eine gute ÖPNV-Erschließung. So sind sie z.B. besser erreichbar für KundInnen und MitarbeiterInnen und haben weniger Aufwendungen für Parkraum. Mit dieser Begründung wird in Frankreich der ÖPNV bereits seit den 70er Jahren durch eine solche Abgabe finanziert (Versement Transport). Im österreichischen Bundesland Wien erfüllt die Dienstgeberabgabe („U-Bahn-Steuer“) der Arbeitgeber diesen Zweck.

Bei beiden Beispielen ist die Abgabe an die Lohnsumme geknüpft. Da dadurch die Arbeit und nicht der Kapitaleinsatz verteuert wird, erscheint dies problematisch. Sinnvoller ist eine Bemessungsgrundlage analog der Gewerbesteuer.

Eine weitere nötige Neuregelung ist eine Stärkung der Steuerungskompetenz der Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Dafür muss die Unterscheidung zwischen den Investitions- und den Betriebsmitteln aufgehoben werden. Durch eine globale Mittelzuweisung, die vom Zweck her lediglich an den ÖPNV gebunden ist, werden die Kommunen in die Lage versetzt, die Prioritäten nach den Bedürfnissen vor Ort zu setzen.

Vorbild ÖPNV-Finanzierungsreform in Brandenburg

Ein Vorbild für eine solche Reform ist die Neuregelung der ÖPNV-Finanzierung im Land Brandenburg. Dort wurden, soweit es die Bundesgesetze zulassen, die ÖPNV-Fördermittel zusammengefasst und fließen nun als lediglich an den ÖPNV zweckgebundene Pauschalzuweisung an die Kommunen.

Die gebundene Investitionsförderung des Landes aus GVFG- und Regionalisierungsmitteln beschränkt sich alleine auf SPNV-Vorhaben, größere Investitionsprojekte über 2,0 Millionen Euro sowie Schnittstellen des SPNV mit dem ÖSPV.

Die pauschal an die Kommunen zugewiesenen Mittel werden nach einem dynamischen Schlüssel mit folgenden Komponenten verteilt: Strukturkomponente (Fläche, 30 Prozent), Angebotskomponente (Fahrplankilometer, 20 Prozent), Aufwandskomponente (Eigenschaft der Kommune, 20 Prozent) und Erfolgskomponente (Fahrgast-Zahlen, 30 Prozent).

Aus den vorgenannten Problemen ergeben sich folgende Forderungen:

An den Bund:

1. Das Bundes-GVFG-Programm muss unbefristet beibehalten werden.
2. Die Bundesmittel aus denen bislang die Landes-GVFG-Programme finanziert wurden, sind durch ein Nachfolgeprogramm unbefristet weiter vom Bund zu zahlen. Sie sind mit 2,5 Prozent pro Jahr dynamisch zu erhöhen. Die nichterfolgte Anpassung an die Preisentwicklung seit 2007 ist nachzuholen.

Die Mittel sind zwecklich wieder an die Verwendung für den gemeindlichen Verkehr zu binden. Jedoch ist die Beschränkung auf Investitionsmaßnahmen aufzuheben.

3. Die Regionalisierungsmittel für den SPNV sind auch nach 2014 sicherzustellen. Die Kürzungen aufgrund des Koch-Steinbrück-Papiers sind rückgängig zu machen. Zudem sind die Mittel in Zukunft um mind. 2,5 Prozent jährlich zu erhöhen (analog FES-Publikation Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs).
4. Die Kürzungen bei den Tarifersatzleistungen (Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderte) sind rückgängig zu machen.

An Bund und Bayern: Durch Landes- oder besser Bundesgesetz ist die Erhebung einer kommunalen Nahverkehrsabgabe durch die Unternehmen einzuführen. Die Bemessungsgrundlage sollte hier

entweder analog der Gewerbesteuer sein oder auf alternative Weise gestaltet werden. Den Kommunen muss die Festlegung eines Hebesatzes innerhalb gesetzter Grenzen ermöglicht werden.

An den Freistaat Bayern:

1. Die noch immer wirkenden massiven Kürzungen bei den ÖPNV-Zuweisungen sind rückgängig zu machen.
2. Die Befristung des Bayerischen Landes-GVFG auf die Restlaufzeit der Zahlungen aus dem Entflechtungsgesetz ist aufzuheben. Der ÖPNV muss unbefristet gefördert werden wie es z.B. im baden-württembergischen Landes-GVFG der Fall ist.

Die Mittel sind in Zukunft pauschal nach einem Schlüssel und lediglich für den gemeindlichen Verkehr zweckgebunden an die Kommunen auszuzahlen (Vorbild: Brandenburg, keine Unterscheidung zwischen Investitions- und Betriebsmitteln).

Vaterlandsverrat? Klares Bekenntnis zu einem demokratischen und friedlichen Europa!

Stellungnahme der Jusos Erlangen zum Vorwurf in der „Welt“, eine Annäherung der SPD an Positionen des französischen Präsidenten Hollande sei „Vaterlandsverrat“

Wahrscheinlich tritt gerade das ein, was zu erwarten war: Die Auseinandersetzung um die Zukunft Europas nimmt an Schärfe zu. Der populistische Beitrag von Dorothea Siems in der Welt vom 8. Mai unter dem Titel „Hollande-Ruck der SPD grenzt an Vaterlandsverrat“ zeigt, dass die konservativen Kreise befürchten, dass der rigide und unsoziale Sparkurs von „Merkozy“ nun zu einem Ende kommen könnte. Diese Befürchtung ist für uns, die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in Erlangen eine Hoffnung, denn hinter der aktuellen Debatte steht nicht nur die kontroverse Frage, wie auf die aktuellen Zustände von Seiten der Politik geantwortet werden soll, sondern auch in was für einem Europa wir leben wollen und nach welchen Idealen wir unsere Politik ausrichten wollen.

Die Wortwahl von Frau Siems lässt tief blicken, sie führt die Diskussion auch auf eine neue Ebene, die sehr leicht von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden kann. Es geht ihr nicht mehr nur um einen Streit darüber, welche Ursachen die aktuelle Krise hat und welche Maßnahmen ergriffen werden sollten. Diese Diskussion ist schon kon-

trovers genug, wurde aber zum Teil viel zu lange ignoriert. Jegliche Ansätze, die vom scharfen Sparkurs abweichen und die die Ursachen nicht nur in einem „über die Verhältnisse leben“ von „faulen Griechen“ gesehen haben, wurden mit dem klassischen TINA-Argument hinweggefegt: There is no alternative! Die Sparmaßnahmen seien alternativlos, die wirtschaftliche Notwendigkeit diktiert die politische Entscheidung und der eigentliche politische Entscheidungsspielraum wird immer weiter reduziert. Doch es gibt alternative Analysen und alternative Maßnahmen, Deutschland hat diese zum Teil sogar angewendet, um selbst aus der Krise zu kommen.

Diese vorgegaukelte Alternativlosigkeit wurde nun von Frau Siems erweitert zu einem Vaterlandsverrat. Sie greift damit Argumentationsmuster aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik auf und beschuldigt die Sozialdemokratie, den Niedergang Deutschlands voran zu treiben. Abgesehen davon, dass es völlig geschmacklos und geschichtsvergessen ist, zeigt dies auch die Ausrichtung der Politik, die Frau

Siems vorschwebt. Sie fordert eine Rückbesinnung auf nationale Interessen, sie spricht von einem „Verrat am deutschen Bürger“ – im Duktus des „Vaterlandsverrats“ fehlt hier nur noch der Bezug auf die „nationale Volksgemeinschaft“.

Wir dachten eigentlich, dass diese Ideen und Interessen ein Anachronismus seien, wir dachten in einem vereinten Europa sei man über puren Nationalismus hinaus. Mit ihrer Polemik verrät Frau Siems die Ideale der Europäischen Union: Solidarität und Demokratie scheinen für sie Fremdwörter zu sein, denn die bisherige Ausrichtung des Fiskalpakts nach Merkel und Sarkozy ist weder solidarisch noch demokratisch,

diese Maßnahmen sind antieuropäisch und gefährden die gesamte Idee eines friedlichen Europas. Der Wahlsieg Hollandes in Frankreich ist eine Chance für ganz Europa, um diese ideologische Alternativlosigkeit zu durchbrechen.

Nationalistisches Denken wird über kurz oder lang das Ende der Europäischen Union bedeuten, daher fordern wir endlich mehr Demokratie in Europa. Wir fordern eine Ausrichtung der Politik an den Interessen und Bedürfnissen der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gleichgültig welche Staatsbürgerschaft sie besitzen. Denn auch wenn Frau Siems suggeriert, dass der Fiskalpakt den Bürgerinnen und

Bürgern Deutschlands zu Gute kommen würde, ist diese Interpretation äußerst eingeschränkt und verkürzt. Im Moment werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den verschiedenen Ländern nur gegeneinander ausgespielt, auch hier muss es zu einem Umdenken und einer Rückbesinnung auf die Werte der europäischen Sozialdemokratie kommen. Wenn Frau Siems das als „Vaterlandsverrat“ bezeichnet zeigt sie, welchen Stellenwert sie den Idealen Europas beimisst.

Für eine Demokratisierung Europas! Gegen geschichtvergessenen Nationalismus! Solidarität mit den ArbeitnehmerInnen Griechenlands!

Alte Lüge rostet nicht

Täglich werden wir aus den Medien mit (unserer?) Meinung versorgt und manches regt schon auf – auf fast jedes Argument folgt sofort ein gegenteiliges. Die Verdrossenheit der Bürger steigt. Im Rückblick lassen sich etliche Unwahrheiten überführen und der Verdacht auf Machtgier und Profitgier bleibt – und die Gewissheit, dass so manche Politiker mit Prognosen große Mühe haben, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Welche Antworten zu welchen Fragen muss man umdrehen?

Kohlendioxid – wer vermeidet und wer nicht?

Das CO₂ gilt derzeit als das Sorgenkind im Klimaschutz, weil weltweit der Anteil in der Erdatmosphäre zu- statt abnimmt: plus 6 Prozent 2010 [15]. Von 1990 bis 2009 waren es insgesamt plus 35 Prozent, davon in China plus 21 Prozent – in der EU dagegen plus 12 Prozent [8]. Im Jahr 2010 konnten in Deutschland durch den Einsatz erneuerbarer Energien insgesamt rund 118 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente vermieden werden. Davon entfielen auf den Stromsektor 75 Millionen Tonnen, auf den Wärmesektor 38 Millionen Tonnen und auf den Verkehrsbereich 5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente [9]. Auch die „klimafreundliche Atomkraft“ erzeugt CO₂ – je kWh 31 Gramm, die Windkraft dagegen nur 19 [10] – gerechnet über die gesamte Bereitstellung. Der größte Teil der deutschen Treibhausgas-Emissionen entfällt auf CO₂ – es nimmt einen Anteil von 87,4

Prozent ein, wie das Umweltbundesamt mitteilt. Der Ausstoß geht größtenteils auf die Verbrennung fossiler Energieträger zurück [14]. Um eine Tonne CO₂ zu vermeiden, kann man 5 Euro für die Dämmung eines alten Gebäudedachs ausgeben, 20 Euro in ein neues Gaskraftwerk investieren oder rund 500 Euro in eine Photovoltaikanlage stecken [13].

Seit 2008 geht der vom Emissionshandel erfasste CO₂-Ausstoß zurück [14], 2011 um 2,3 Prozent, doch sei daran vor allem die milde Witterung mit einem deshalb um 5,3 Prozent niedrigeren Primärenergieverbrauch beteiligt. Ohne diesen Effekt wäre der Ausstoß um 1,2 Prozent gestiegen. Grund seien unter anderem der steigende Anteil der Braunkohleverstromung sowie eine kräftige Expansion der Zementwerke, die auch von den historisch niedrigeren Preisen für Emissionszertifikate profitierten. Die durch das Abschalten der AKW weggefallene Stromerzeugung sei durch die schnell wachsenden erneuerbaren Energien überkompensiert worden [14]. Eigentlich hätte sich die ehemals angepriesene und nun nicht mehr vorhandene „CO₂-Einsparung durch AKW“ stärker bemerkbar machen müssen – war wohl schöngerechnet.

Eine „Hirn verbrennende“ Art von Verschwendung unter dem Titel „CO₂-neutral“ ist die massenhafte Nutzung von Bäumen als Brennholz. CO₂-neutral sind sie nur, solange man sie wachsen (CO₂ binden) lässt – also je mehr verheizt werden, um so mehr CO₂-Freisetzung – und Luftbelastung durch Fein-

■ Von Hannes Allabauer



staub dazu! Der Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie (VHI) beklagt einen zunehmenden Raubbau: „In Deutschland wird inzwischen 93 Prozent des Holzaufwuchses genutzt. Die Mengen, die benötigt werden, um die Biokraftwerke zu füttern, sind einfach nicht vorhanden.“ [11] Laut BUND bzw. NABU sei seit 2001 der Holzeinschlag von 40 auf 70 Millionen Kubikmeter pro Jahr gestiegen. Bis 2020 werde eine „Holz-Versorgungslücke“ von noch einmal 30 Millionen Kubikmeter pro Jahr in Deutschland erwartet. Außerdem habe unser Wald vor 20 Jahren noch 17 Millionen Tonnen Kohlenstoff pro Jahr neu gebunden. Heute seien es laut einer Studie der Bundesregierung nur noch 4,7 Millionen Tonnen [12]. Laut Greenpeace gebe es seit 2003 keine nachhaltige Holzentnahme mehr und seit 2009 sei der deutsche Wald eine CO₂-Quelle [16]. Die CO₂-Neutralität ist wohl gelogen, da sichtbar mehr entnommen wird als nachwächst! Waldbesitzer stellen dazu folgendes fest [6]:

- Jährlich werden in Deutschland über 50 Millionen Kubikmeter Holz energetisch genutzt – etwa 40 Prozent des deutschen Holzverbrauches.
- Der Anteil von Holz an der gesamten Endenergieversorgung hat sich in

den letzten fünf Jahren auf etwa vier Prozent verdoppelt.

- 75 Prozent der erzeugten Wärme aus erneuerbaren Energien in Deutschland werden mit Holz erzeugt.
- Holz ist für rund 35 Prozent der gesamten erneuerbaren Energieerzeugung verantwortlich, gefolgt von Windkraft (13 Prozent), Biokraftstoff (13 Prozent) und Wasserkraft (7 Prozent).
- Jeder vierte Haushalt nutzt Scheitholz, Holzpellets oder Hackschnitzel zum Heizen.
- Hierzulande gibt es ca. 14 Millionen Kamine, Kachelöfen und etwa 1 Million Holzzentralheizungen.
- Holz ist ein besonders hochwertiger Energieträger, da es unabhängig von Licht- und Windverhältnissen eingesetzt werden kann.

Man stelle sich vor, sämtliche Bäume würden verbrannt – das liefe wohl unter CO₂-Neutralität, aber die Luft zum Atmen (der Sauerstoff) würde uns fehlen! Afrika und Südamerika betreiben Raubbau, Asien, Ozeanien, Nord- und Mittelamerika haben ein deutliches De-

fizit – nur Europa hat bis zum Jahr 2000 ein leichtes Plus im Waldbestand [7]. Laut Fachmagazin „Science“ schafft der Kohlenstoffspeicher aller Wälder auf der Erde jedes Jahr weniger als ein Drittel der Kohlendioxid-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger aus der Atmosphäre heraus [27]. Im Amazonasbecken werden riesige Waldflächen brandgerodet – nutzlos verbrannt – auch das gilt dann ja als CO₂-neutral – mit krassen Folgen für das Erdklima. Die schöngeredete „CO₂-Einsparung durch AKW“ wird nun von der massiven „CO₂-Neutralitäts-Lüge“ der Holzwirtschaft ersetzt.

Nun stellt sich auch noch heraus, dass „Biosprit“ aus Palmöl, Raps und Soja bis zu 20 Prozent mehr CO₂-Emissionen verursacht als Erdöl [38]! Gerechnet ist die gesamte Entstehungskette einschließlich entfallender CO₂-Bindung durch gerodeten Wald, CO₂-Anteile durch Düngung, Transport und Verarbeitung – CO₂-Anteile durch die Brandrodung sind noch gar nicht einbezogen! Die über die nächsten Jahre steigenden Mengen der Beimi-

schungspflicht für Kraftstoffe sind also ein Missgriff – steigend krass.

2010 wurden durch den Betrieb von KWK-Anlagen gegenüber einer separaten Erzeugung von Strom und Wärme fast sechs Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland eingespart [5].

Strompreis – wie viel Anteil durch AKW, erneuerbare Energien usw.?

Seit März 2012 wurden Preissteigerungen von durchschnittlich vier Prozent angekündigt. Seit Jahren schon folgt eine Preiserhöhung der nächsten. 2005 kostete eine Kilowattstunde noch im Schnitt 18,2 Cent. Heute sind es je nach Anbieter rund 26 Cent. Fast die Hälfte des Strompreises entfällt auf staatliche Abgaben: Mehrwertsteuer, Ökostrom-Umlage, Konzessionsabgabe und Stromsteuer. Trotz der Stilllegung von acht Atomkraftwerken sind die Beschaffungskosten für Strom gesunken! Die Energiewende taugt daher nicht als Argument für Preissprünge. Für die aktuellen Anstiege sind vor allem stark erhöhte Kosten für die Netznutzung

CHRISTIAN UDE kommt nach Hersbruck!

Der **Spitzenkandidat** der **Bayern SPD** kommt ins Nürnberger Land.

Mittwoch, 11. Juli 2012 19:00 Uhr

im Festzelt am Plärrer

Einlass: 17:30 Uhr

Musik: „Route 66“

Platzreservierungen für Gruppen, Vereine und SPD-Ortsvereine unter **0151/41954350**

Der Festzeltwirt Christian Schlögl verwöhnt Sie mit Gigerla, Haxn, Käs und dem süffigen Sommerfestbier der „Bürgerbräu Hersbruck“



verantwortlich, sowie neue Befreiungsregelungen etwa bei der Ökostromförderung und bei den Netzentgelten für Unternehmen mit einem hohen Stromverbrauch! [4] – „Energiefresser“ werden also begünstigt!

Für den Anstieg verantwortlich ist anders als oft behauptet nicht in erster Linie die Förderung erneuerbarer Energien. Diese über den Strompreis zu zahlende Umlage ist in den vergangenen zwölf Jahren meist deutlich geringer gestiegen als der Strompreis – wengleich es 2010 einen Sprung von zwei auf rund 3,5 Cent gab. In diesem Jahr sind knapp 3,6 Cent pro Kilowattstunde zu bezahlen [4].

Argwohn gegen Subventionen wird wegen der Photovoltaik geschürt. Solarstrom ist die hierzulande mit Abstand ineffizienteste Technologie bei den Erneuerbaren Energien, wird aber am stärksten gefördert. Auf sie entfallen 56 Prozent der gesamten Ökostrom-Subventionen, aber nur 21 Prozent der geförderten Energie [1]. Bei der Windenergie sind die Relationen genau umgekehrt. Für gleiches Geld liefert Wind gut fünfmal mehr Strom als die Sonne, Wasserkraft liefert sechsmal mehr, Biomassekraftwerke

immerhin dreimal so viel [20]. Aber: Sonne muss man nicht einkaufen, nicht importieren, nicht bezahlen.

Bei den Strompreisen als eingeflossene Subventionen sind zu nennen:

- Für Stein- und Braunkohle von 1950 bis 2008 mit 432 Milliarden (Milliarden) Euro [21].
- Für AKW von 1950 bis 2010 mit mindestens 204 Milliarden Euro oder 4,3 Ct/kWh – bis zum Ende mindestens 304 Milliarden [22].
- Für die EEG-Umlage von 2002 bis 2009 aufgelaufen nur 26,9 Millionen Euro [23].

Man sieht sofort: im Größenvergleich zu Kohle und Atom nimmt sich die EEG-Umlage aus wie ein Mückenschiss! In den Strompreis geht auch der CO₂-Emissionshandel mit ein – der verbilligt sich aber zusehends [14] – paradox! Die Kappung der Solarstromvergütung zieht den meisten deutschen Herstellern von Photovoltaik den Boden unter

den Füßen weg. Das hat eine Reihe von Insolvenzen zur Folge – und damit lösen sich Herstellergarantien in Luft auf! Die aktiven Bürger der Energiewende bringt das in Rage!

Stromreserven – abhängig von Gasreserven?

Der deutsche Strommarkt stand im Februar 2012 angeblich mehrfach vor dem Zusammenbruch. Laut Bundesnetzagentur waren dafür aber nicht die Kälte oder der Atomausstieg verantwortlich, sondern Energiehändler – die offenbar ihre Profite maximieren wollten! Dabei geht es um die sogenannte Regelleistung – eine Reserve, um innerhalb von Sekunden Ausfälle auszugleichen. Aus Sicht der Bundesnetzagentur sind dafür die obersten Stromhändler verantwortlich, die sogenannten Bilanzkreisverant-

Bild: Gerd Altmann/pixelio.de



wortlichen, die Elektrizität einkaufen. Eigentlich sind sie rechtlich verpflichtet, stets so viel Strom aus Kraftwerken einzukaufen, wie ihre Kunden verbrauchen. Doch das taten sie laut Bundesnetzagentur massenhaft nicht, sondern verursachten mit „Lastprognosefehlern“ den Verbrauch fast der gesamten Regelleistung – offenbar vorsätzlich zwecks Profitmaximierung [17]. Im Februar war zur Netzstabilisierung ein österreichisches Ölkraftwerk aus der Reserve in Betrieb gegangen, weil deutsche Gaskraftwerke – für den Normalbetrieb – nicht genügend Gas erhalten hatten. Es sei nicht genügend Gas bestellt worden, weil nicht entsprechend Strom an der Strombörse bestellt worden war. Das hatten ja diese „Börsenspekulanten“ unterlassen, um dann kurzfristig teuren Strom auf den Markt zu bringen [2].

Trotz Atomausstiegs und Eiseskälte – Deutschland hatte zu dieser Zeit genug Strom, um Frankreich vor einem

Energie-Engpass zu bewahren. In diesen Tagen lieferte auch Deutschland trotz nur noch neun Atommeilern viel Strom. Deutschland exportierte täglich netto 150.000 bis 170.000 Megawatt-Stunden Strom. Zeitweise muss Frankreich mehr als 7.000 Megawatt-Stunden Strom importieren, um die Versorgung zu sichern. In Deutschland kann in hohen Verbrauchszeiten am Mittag wegen der vielen Sonne der oft geschmähte Solarstrom Verbrauchsspitzen abfedern. Auch der Windstrom hat je nach Wetter einen Anteil daran, dass auch nach Stilllegung von acht AKW größere Probleme ausblieben.

Nach der Atomwende wegen der Fukushima-Katastrophe hatten deutsche Energiemanager betont, man werde nun dauerhaft von französischem Atomstrom abhängig sein. Während eines ganzen Tages kam der 220 Megawatt starke Block 3 des Großkraftwerks Mannheim zum Einsatz – aus der sogenannten Kaltreserve. Auch in Österreich nahmen die Netzbetreiber noch eine in Anspruch. Die Bundesnetzagentur hatte dort im vergangenen Sommer vorsichtshalber gut 1.000 Megawatt Leistung in älteren Öl- und Kohlekraftwerken zur Stabilisierung des deutschen Netzes reserviert [18].

Schon seit langem war die Notwendigkeit des Netzausbaues abzusehen [19]. So kam es immer wieder zu kurzen Stromausfällen von wenigen Sekunden, die der Verbraucher nicht bemerkt – Unternehmen spüren das dagegen deutlich. Früher wurden die Stromnetze noch von den (profitorientierten) Stromkonzernen betrieben. Das führte dazu, dass überhöhte Preise verlangt werden und die Netzinfrastruktur verfiel. Anders als zu Zeiten öffentlicher Versorger sparen die Konzerne gerade bei den Netzen, hatte die Allianz-Versicherung herausgefunden. Bis heute gilt das deutsche Stromnetz als extrem zuverlässig. Im ganzen Jahr 2007 war die Versorgung je Kunde durchschnittlich nur für 17 Minuten unterbrochen – der beste Wert in Europa. In Großbritannien waren es 61 Minuten, in Portugal 149 Minuten, in Polen sogar 300 Minuten aufs Jahr gerechnet [26]. Also – wer übertreibt?

Feinstaub – nimmt die Belastung zu oder ab?

Mit der Entschwefelung von Rauchgas und Heizöl, mit bleifreiem Benzin, Abgaskatalisator und Rußfilter hat die Umweltpolitik in unserem Land – mit

etlichen Verzögerungen – Pluspunkte gesammelt, auch für die Gesundheit der Bürger. Die Hauptgebiete der Umweltbelastung sind Industrie (mit Kraftwerken), Verkehr und Hausbrand. Die Pluspunkte betrafen Industrie und Verkehr – und wo bleibt der Hausbrand? Rauchgas (das ist Abgas mit Staub!) aus Brennstellen im Haus (ohne Kerzenflammen und Schwelbrand von Zigaretten) wird „ordentlich“ über den Kamin „entsorgt“ – ja nach Wetterlage mehr oder weniger zu Lasten der Allgemeinheit.

Zuhause im Staubsauger haben wir den HEPA-Filter (High Efficiency Particulate Arrestor), den wir gelegentlich benutzen. Er fängt Partikel von mehr als $1\mu\text{m}$ Größe (Ultrafeinstaub) zu 99,9 Prozent ab. Partikel bis zu $7\mu\text{m}$ gelangen immerhin noch in die Bronchien. Bereits bei $2,5\mu\text{m}$ sind sie lungengängig und eine Krebs erregende und eine Erbgut schädigende Wirkung erwiesen [31]. Feinstaub (die Bezeichnung gilt bis zu $10\mu\text{m}$) im Haus kann man also eingrenzen – bis man zum Lüften das Fenster öffnet. Hierzulande gibt es etwa 15 Millionen Kamine, Kachelöfen und Holz-zentralheizungen. Also was kommt raus aus dem Kamin und durchs Fenster wieder rein – und atmen wir auch draußen ein?

Die Emissionen an gesundheits-schädlichem Feinstaub, also inhalierbaren Staubteilchen, aus Holzfeuerungsanlagen in Haushalten und im Kleingewerbe sei insgesamt etwa so hoch wie die aus den Motoren der Pkw, Lkw und Motorräder, führt das Umweltbundesamt aus. Feinstäube entstehen bei älteren als auch bei neuen Kaminöfen vor allem durch unvollständige, schlechte Verbrennung. Besonders offene Kamine sind Staubschleudern. Zudem heizen sie kaum, weil die Wärme durch den Schornstein rauscht. Holzpellets-Anlagen haben relativ geringe Feinstaubemissionen. Besonders emissionsarme Pelletsöfen und -heizkessel tragen sogar das Umweltzeichen „Blauer Engel“. Dennoch ist deren Feinstaubemission immer noch höher als die der Gas- und Ölfeuerungen. Bei Kaminöfen geht die Schere weit auseinander. „Die Feinstaubbelastung von Kaminöfen schwankt sehr stark“, meint Kamin- und Ofenbauer Frank Nehry von den Vereinigten Kamin- und Ofenwerkstätten in Hamburg. „Messungen haben ergeben, dass die Feinstaubbelastung bei schlechter Verbrennung bis zu 5.000 mg/Nm^3 (Milligramm je Normkubikme-

ter) sein kann. Bei einer guten Verbrennung sind es lediglich 20 mg/Nm^3 – das sind massive Unterschiede!“ [28] Aber das ist heute Stand der Technik [29]:

- Öl- und Gas-Kessel: $0,01\text{ mg/Nm}^3 = 10\text{ }\mu\text{g/Nm}^3$
- Holzpellet-Kessel förderfähig (Voll-/Teillast) 10 bis 30 mg/Nm^3
- dto mit blauem Engel: 3 bis 20 mg/Nm^3

Bild: Gisela Peter/pixelio.de



- Diesel-Pkw nach Euro-5-Norm (5 mg/km): etwa $5\text{ mg/Nm}^3 = 5000\text{ }\mu\text{g/Nm}^3$
- Getreidegefeuerter Kessel etwa 130 mg/Nm^3 (in Bayern sind jedoch nur 63 erlaubt)

Es fällt auf, dass einem neuen Pkw das 500-fache einer neuen Ölheizung erlaubt ist! Dafür sorgte der europäische Autohersteller-Verband ACEA [30]. Holzfeuerungen sind keineswegs schadstofffrei und werden ohne Filter betrieben. Technisch möglich ist aber ein Feinstaubfilter, der in der Schweiz schon zugelassen ist. Wird ein dünner Draht unter Hochspannung gesetzt, laden sich die Staubteilchen elektrisch auf und lagern sich im Ofenrohr ab. Wird der Filter eingeschaltet, sinkt die Zahl der Feinstaubpartikel, und das Abgas wird bis zehnmal sauberer. Auch weil man

solche Filter bei uns nicht vorschreibt, verpesten Holzheizungen die Umwelt weiter viel stärker als Müllverbrennungsanlagen [32]. Für Deutschland gilt für Anlagen mit mehr als 15 kW Nennwärmeleistung immer noch die Novelle der BundesImmissionschutzverordnung (BImSchV) vom März 2007 mit einem Grenzwert von 150 mg/Nm^3 [33] – eine groteske Zahl!

Häufig wird noch die „Rußzahl“ RZ verwendet: RZ 3 entspricht $0,4\text{ mg/Nm}^3$ Ruß im Rauchgas; RZ 1 entspricht $0,1\text{ mg/Nm}^3$ und RZ 0,1 entspricht $0,01\text{ mg/Nm}^3$ [29].

Agrodünger – notwendig und nützlich oder schädlich?

Lebensmittelskandale gab es die letzten Monate fast am laufenden Band – es gibt aber auch schlimmes ohne Skandal! Zum Beispiel Uran im Dünger: Düngemittel sollen dem Boden Nährstoffe bringen, doch das ist oft nicht alles: Mineralische und damit phosphathaltige Düngemittel können Uran enthalten. Denn bei der Entstehung von Phosphatgestein kann es durch geochemische Prozesse zu einer massiven Anreicherung von Uran kommen. Wie hoch der Urangehalt in den Düngemitteln ist,

hängt erstens von der Urankonzentration im Rohphosphat ab und zweitens davon, mit wie viel Phosphat der Dünger überhaupt angereichert wurde. Kennzeichnet werden müssen diese Inhaltsstoffe im Dünger allerdings nicht. Es existieren auch keinerlei Auflagen oder Grenzwerte für Düngemittel. So fordert das Umweltbundesamt sowohl die Kennzeichnung von Uran auf Düngemittelverpackungen, als auch einen Grenzwert. Das zuständige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher sieht derzeit keinen Handlungsbedarf – nicht zu fassen! Uran ist nicht nur radioaktiv, sondern auch ein hochgiftiges Schwermetall. Es kann Erbgut schädigen und Krebs auslösen. Gelangt Uran etwa in Trinkwasser und wird über einen längeren Zeitraum

eingenommen, beeinträchtigt es den menschlichen Körper: Neben Blut und Knochen reagieren besonders die Nieren empfindlich auf Uran. Säuglinge und Kleinkinder, die im Verhältnis zum Körpergewicht zwei- bis dreimal so viel Flüssigkeit und damit Uran aufnehmen, sind dabei besonders gefährdet. Für Volldünger für Landwirtschaft und Garten empfiehlt das Umweltbundesamt einen Grenzwert von 50 mg/kg Phosphat (P_2O_5) – der wird oft um ein Vielfaches überschritten [34]. Phosphat könnte man aus Klärschlamm zurückgewinnen – wenn dieser nicht durch Schadstoffe belastet wäre.

Zum Beispiel Uran im Trinkwasser: Uran ist sehr mobil. Von allen Schwermetallen bewegt es sich am schnellsten und kann so über den Boden in das Grundwasser gelangen. Zusätzlich zum mancherorts natürlichen Urangehalt im Boden, führt die Einbringung über die Düngung bereits jetzt zu erheblichen Schwierigkeiten. So mussten 2011 über eine Million Menschen mit einem Uranwert von über 10 µg pro Liter zu Recht kommen und der lag über dem heutigen Grenzwert: Erst seit November 2011 gilt in Deutschland eine neue Trinkwasserverordnung, die vorschreibt, dass Wasser aus dem Hahn nicht mehr als 10 µg Uran pro Liter erhalten darf. In der Europäischen Union ist Deutschland damit das erste Land, das einen Grenzwert für den Gehalt von Uran im Leitungswasser festsetzt. Für Wasser aus dem Handel gilt bisher hingegen kein allgemeingültiger Grenzwert. Lediglich Mineral-, Quell- und Tafelwässer, die mit dem Aufdruck „Für Säuglingsnahrung geeignet“ werben, dürfen einen Wert von 2 µg Uran pro Liter nicht überschreiten. Die Wasserversorgungsunternehmen sind nur verpflichtet, eine der Trinkwasserverordnung entsprechende Trinkwasserqualität zu liefern [34].

Zum Beispiel Cadmium im Getreide: Cadmium ist ein sehr giftiges Schwermetall, das über die Nahrung und andere Wege – etwa im Zigarettenrauch – in unseren Körper gelangt. Es reichert sich in Getreide (Leinsamen), in Gemüse, Wildpilzen, Hülsenfrüchten, und in Nüssen an, aber auch in Kakaobohnen und Fleischprodukten (Leber). Das Schwermetall gelangt ja über die Böden in die Rohstoffe und in die Futterpflanzen für Tiere. Manche Böden enthalten von Natur aus viel Cadmium, andere sind industriell verunreinigt, oder sie wurden mit cadmiumhaltigen Düngern behan-

delt. 1kg Weizen enthält zum Beispiel 30µg Cadmium, das ist das 3-fache von Roggen. Es schädigt vor allem die Nieren (Proteinurie), Knochen (Osteoporose, Wirbelschmerzen) und das Knochenmark (Blutarmut) [36, 37]. Deutschland ist Weltmeister bei künstlichen Gelenken und Bandscheibenoperationen!

Die Menge an Cadmium, die wir ein Leben lang aufnehmen können, ohne krank zu werden, haben die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) 2009 neu berechnet: Vorher galten 7µg/kg Körpergewicht und pro Woche als unbedenklich (das entspricht dem WHO-Grenzwert mit 1µg/kg/Tag von 2006), dann wurden es nur noch 2,5. Geändert hat sich aber nicht die Schwermetallkonzentration auf unseren Feldern und in unseren Lebensmitteln, sondern nur die Bewertung derselben. Die biologische Halbwertszeit im Menschen beträgt bis zu 35 Jahre. Mit der Nahrung nimmt der Mensch täglich etwa 10 bis 35µg Cadmium auf. Die durchschnittliche Belastung mit Cadmium durch Rauchen beträgt 2 bis 4µg pro Tag [35, 37].

Der „Normalverzehrer“ nimmt im Durchschnitt 1,8µg pro Kilogramm Körpergewicht und pro Woche auf, also ein gutes Drittel weniger als von der EFSA empfohlen. Vegetarier sind allerdings auf deutlich höhere Werte gekommen, weil sie mehr Getreide und Gemüse essen. In ganz Europa kommen Vegetarier im Durchschnitt sogar auf 5,4µg, also doppelt so viel wie empfohlen. Das Gesundheitsrisiko ist nach Angaben der EFSA zwar selbst bei solchen Dosen extrem gering. Trotzdem fordern die Wissenschaftler noch immer, den Cadmiumgehalt der Böden und folglich auch in den Rohstoffen zu reduzieren. Zum Beispiel mit Grenzwerten für Cadmium in Düngemitteln, an die sich jeder Landwirt in der EU halten müsste. Wenn die Böden zu stark verseucht sind, müsse man über Nutzungsalternativen nachdenken [35] – z. B. nur noch für „Energiepflanzen“. Es ist nicht schon unsinnig genug, europaweit die Überproduktion der Landwirtschaft hoch zu halten (und Märkte in der dritten Welt zu ruinieren) – müssen wir uns mit den dazu nötigen Düngern auch noch vergiften lassen?

Letzte Frage nach Brecht: Ist der Mensch für diese Welt nicht schlau genug?

Es gibt nicht nur in den Medien zu wenige sachdienliche, weiterführende Ar-

gumente. „Experten“ aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und sogar aus der Finanzwelt schätzen oder erfinden Tendenzen und machen Prognosen, die sich nachher nicht mal annähernd bewahrheiten lassen. Den Bürger (und Wähler) verdrießt das und er argwöhnt, dass das zum System geworden sei: Desinformation oder gar Verdummung von Wahlvolk. Das „Zusammenklauen“ von Wahrheiten ist recht mühsam. Parlamentarische Demokratie könnte ja effektiv, gerecht und vernünftig sein, die Meinungsbildung müsste dann aber ohne Larifari und Blendgratnaten auskommen. Staat und Gesellschaft werden durch die zunehmende Dominanz der profitmaximierenden Wirtschaft stetig ausgehöhlt und die Entwicklung der Umwelt ignoriert. Die „Wirtschaftsordnung“ hat dabei eine selbstzerstörerische Wirkung entfaltet – mit nicht nur einer Krise über die letzten Jahre.

Alles was von Regierungen z.B. für die Energiewende bisher auf den Tisch kam, waren Gesetze und Verordnungen zum Regeln von Zuständigkeiten und Vorgaben für den Vollzugsfortschritt. Raus kam eher so etwas wie eine Bauanleitung für ein Katapult – aber eine startbereite, aufgetankte Rakete ist jetzt nach langem Nichtstun und Rückschritten notwendig. Die Förderbedingungen für die privaten Initiativen sind kleinkariert und bremsend – die für Kommunen fehlen. Schwarz-Gelb bringt's nicht. Die ähnliche Situation hatten wir schon mal vor Einführung des Dualen Systems Deutschland („DSD“) zwecks Abfallrecycling: Die Bürger waren eifrig und der Gesetzgebung weit voraus – als der „grüne Punkt“ kam, war dieses System schon unzulänglich und ist bis heute umstritten weil nicht wirklich effektiv aber teuer.

Quellenangaben:

- [1] Spiegel online, 16. Januar 2012: „Energie – verblendet“
- [2] ZDF, 3. April 2012: „Frontal 21“
- [3] Focus online, 11. Februar 2012: „Energiewende vor dem Scheitern“
- [4] Focus online, 29. März 2012: „Energiesparen/Warum Strom immer teurer wird“
- [5] Focus online, 31. März 2012: „Energiesparen/Strom und Wärme hausgemacht“
- [6] BMELV, AFZ und Waldbesitzer-Verein Landshut, <http://www.wbv-lands->

- hut.de/fachwissen/brennholz.html (undatiert)
- [7] FAO 2000: „Globale Waldflächen/Veränderung des Waldbestandes 1990 bis 2000“
- [8] Energiedepesche 4/10: „CO₂-Emissionen“
- [9] Umweltbundesamt: „Informationen aus dem UBA 4-5 2011“
- [10] Greenpeace 7/2005: „Atomenergie: keine Rettung für das Klima. Gegen den Treibhauseffekt hilft nur die Energiewende“
- [11] 3sat Wissen nano, 22. Februar 2012: „Strom aus dem Wald ist kein Holzweg“
- [12] 3sat Wissen nano, 22. Februar 2012: „Wald unter Druck – wirtschaftliche Interessen in den Wald eingezogen“
- [13] Energiedepesche 4/11: „Waschmaschinen – Warmwasseranschluss spart“ und „Energiewende – Gas statt Kohle“
- [14] Spiegel online, 2. April 2012: „CO₂-Ausstoß in Deutschland geht zurück“
- [15] Spiegel online, 11. April 2012: „CO₂-Emissionen/Deutschland droht Klimaschutzziele zu verfehlen“
- [16] Greenpeace 17/2010: „Bedeutung der deutschen Forstwirtschaft in der Klimapolitik“; AFZ: „Der Wald 17/2010“, Seite 30.
- [17] Spiegel online, 16. Februar 2012: „Stromhändler zocken fast bis zum Blackout“
- [18] inFranken.de (Fränkischer Tag), 8. Februar 2012: „Frankreich braucht Stromhilfe aus Deutschland“
- [19] 3sat Wissen nano, 26. März 2009: „Die Stromkonzerne investieren nicht in ihre Netze“
- [20] Energiedepesche 4/11: „Energiewende – Gas statt Kohle“
- [21] Energiedepesche 3/10: „Subventionen/Kohleförderung und kein Ende“
- [22] Energiedepesche 4/10: „Kernkraft-Subventionen/Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“
- [23] Energiedepesche 1/11: „Versorgungssicherheit/Deutsche Stromnetze sind sicher – oder?“
- [24] Spiegel online, 23. Juli 2011: „Energiewende/Regierung erwartet stark steigenden Strompreis“
- [25] Yahoo online, Nachrichten vom 21. November 2011
- [26] 3sat Wissen nano, 28. Februar 2012: „Netzausbau – Netz für regenerativen Strom günstig ausbauen“
- [27] Deutschlandfunk, Forschung aktuell vom 15. Juli 2011: „Kohlenstoff-speicherpotenzial der Bäume ermittelt“
- [28] WDR, Ratgeber Bauen+Wohnen vom 18. März 2007: „Kamine und Feinstaub“
- [29] BN, Heinz Horbaschek 1. November 2011: „Emissionen von Heizungen“
- [30] Spiegel online, 16. Januar 2012: „Neue Feinstaub-Richtlinie: Leicht vernebelt“
- [31] Der Spiegel online, 9. Februar 2011: „Holzfeuer setzen gefährlichen Feinstaub frei“
- [32] WDR, Ratgeber Bauen+Wohnen vom 21. Dezember 2008: „Schadstoffe in Pellets“
- [33] UBA, 12/2007: „Feinstaub aus Kamin und Holzofen“; BimSchV
- [34] ZDF WISO, 19. März 2012: „Zu viel Schwermetall in Düngemitteln“
- [35] Deutschlandradio, 8. Juli 2009: „Cadmium in unserer Nahrung“
- [36] Wikipedia, 20. März 2012: „Cadmium“
- [37] Enius, 2006: „Schadstoffinformationen – Cadmium“
- [38] Technology Review-Archiv, 3/2012, Seite 86: „Analyse und Meinung/Biodiesel vor dem Aus? Noch unveröffentlichte Zahlen belegen, dass Pflanzenöle gegenwärtig klimaschädlicher sind als Erdöl.“

Was ist der Job von Revisoren in der SPD?

Es sollen die Kernaufgaben der Revisoren, so wie im Handbuch für Finanzen der SPD (Kapitel XIII) beschrieben, zusammenfassend referiert werden. Auf den Seiten 130 bis 136 werden folgende Aufgaben genannt:

- Vorab: Es geht nicht darum, die politische Arbeit des Vorstandes zu bewerten. In erster Linie geht es darum, darauf zu achten, dass die Finanzierung der politischen Arbeit auf soliden Füßen steht.
- Die Kasse sowie die Kassenführung sollen mindestens in Jahresabständen, bei Bedarf aber auch in kürzeren Abständen (z.B. vierteljährlich) geprüft werden. Die Revisoren haben das Recht, zusätzliche Prüfungen durchzuführen.
- Alle maßgeblichen Unterlagen sind vorzulegen, auch finanz erhebliche Beschlüsse des Vorstandes. Verwendungszwecke sind konkret zu benennen.
- Geprüft werden soll auch, ob die Beiträge auf dem richtigen Buchungskonto gebucht wurden.
- Die Beitragsleistungen der Mitglieder, aber auch die Abgaben von Mandatsträgern sind Gegenstand der Prüfung.
- Die Wirtschaftlichkeit von Ausgabebeschlüssen ist zu betrachten; das gilt insbesondere für größere Maßnahmen und Veranstaltungen. Gibt es entsprechende Vorstandsbeschlüsse zur Festlegung der Ausgabenhöhe, eine Kostenkalkulation?
- Über die Feststellungen und Ergebnisse der Prüfung ist in der Jahreshauptversammlung zu berichten und ggf. der Antrag auf Entlastung des Vorstandes zu stellen.
- Über Beanstandungen bei der Revision ist der Vorstand zu informieren; die Revisoren haben die anschließende Mängelbeseitigung zu überprüfen.

■ **Von Gerd Peters**
Revisor im Kreisverband



- Beanstandungen bzw. Hinweise auf Mängel sollten im Revisionsbericht aufgeführt werden. Als Beispiele werden u.a. genannt: Kosten für eine bestimmte Veranstaltung waren deutlich höher als geplant oder einige Mandatsträger haben nicht regelmäßig ihren Sonderbeitrag geleistet.
- Können Mängel nicht beseitigt werden, muss dies den Bezirk bzw. Landesverband gemeldet werden.

Quintessenz: Die Revisoren des Kreisverbandes haben bei der Kassenprüfung Anfang dieses Jahres all das getan, was die entsprechenden Spielregeln der Bundes-SPD vorschreiben. Oder?

■ Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:

Heike Fischer

Telefon: 09135-6269

h.fischer-dechso@web.de

Protokoll der Versammlung vom 9. Mai

TOP 1: Dechsendorfer Weiher:

Sanierung (= Renaturierung des Röttenbachs“) ist geplant für 2013 nach der Badesaison(!?). Im Sommer 2012 soll die Planung (nördlicher Umlaufgraben statt südliche Umlaufleitung) vorgelegt werden. Es wird ein spezielles Umweltgutachten geben. Durchführung des Umlaufgrabens: 2013?

Problem: Wasser soll laut Planung vor dem Steindamm entnommen werden, nicht vor der Fußgänger-Brücke! (Bei Starkregen Überlastung von Absetzteich und Wurzelraumsorgung.) Konzept des Umweltamts und Wasserwirtschaftsamts; Lösung um rund 100.000 bis 200.000 Euro günstiger (ca. 60 Prozent EU-Mittel (Umweltfonds), eine Verrohrung (Umlaufleitung) würde nur 30 Prozent EU-Mittel erbringen).

Einhellige Meinung des Distrikts Dechsendorf: Der Umlaufgraben muss vor der Brücke beginnen! Vorgeklärtes Wasser(Filteranlage), das nicht zur Niveauerhaltung des Weihers dient, soll durch den Umlaufgraben fließen.

Die Pflege der Vorkläriteiche steht nach wie vor aus.

Die Bürgerinitiative hat kapituliert und zeigt deutlich formulierte OB-Verdrossenheit, da dieser Stadtrats- und Bürgervoten missachtet und in der Zwischenzeit nichts passiert ist. Vorschläge: Politischer Frühschoppen? Öffentliche Aktionen, wenn der Weiher wieder stinkt: ein Bürgerbegehren? Geplant ist eine kurzfristig anberaumte Distriktversammlung (per Mail), wenn der Weiher im Juni 2012 wieder zu stinken beginnt.

TOP 2: Neues aus dem Ortsbeirat:

- Der Fuß- und Fahrradweg ins Gewerbegebiet Heßdorf, von der SPD in zwei Stadtratsanträgen gefordert, ist fertiggestellt und wird demnächst eröffnet.
- Dechsendorfer Kirchweih: Bis zur OBR-Sitzung waren noch keine Festwirte gefunden.
- DLRG/Montessori-Kindergarten: Planungen für beide Vorhaben liegen vor und wurden befürwortet, Montessori (Der Paritätische) möchte den Grund erwerben, DLRG will Erbbaurecht, eventuell. noch kleinere Prob-



Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



 Sparkasse
Erlangen

Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

- leme mit Abwasserleitung im Bereich der Montessori-Kita.
- d) Fahrradweg nach Erlangen an der Staatsstraße: Soll im Bereich Abbiegung zum Bezirksklinikum straßenbegleitend geführt werden, Verbesserung der Sicherheit durch bessere Einsicht in den Verkehr.
- e) Nahversorgung in Dechsendorf ist aufgegeben, stattdessen kommt eine Kletter-(Boulder?)halle auf das ehemalige Schaz-Grundstück.
- f) Friedhof: Vorschlag Traudl Gräber: Urnen-Stelen für den Dechsendorfer Friedhof. Anfrage an die Stadt: Möglichkeit Urnenwand/Stelen, Baumpflege (= regelmäßiger Rückschnitt)?

Top 3: Termin für die nächste Distriktversammlung

Mittwoch, 19. September 2012, 20:00 Uhr im Sportheim Dechsendorf.

Brigitte Wohlleben

Liebe Genossinnen und Genossen, unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 19. Juni, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder, wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Distriktsversammlung am Dienstag, 26. Juni, 20 Uhr in der Sportgaststätte des TSV Frauenaurach

Bereits um 19 Uhr treffen sich alle, die vor unserer Versammlung etwas essen möchten.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen zur Kenntnis
2. Berichte aus Stadtrat, Ortsbeirat etc.
3. Aktuelles aus dem Distrikt
4. Termine
5. Verschiedenes

Vorankündigung: Die übernächste Distriktsversammlung wird am 17. Juli stattfinden.

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2012:

TOP 1: Mitteilungen zur Kenntnis
Es gibt keine Mitteilungen zur Kenntnis.

TOP 2: Nachbesprechung der Veranstaltung „Fraktion vor Ort“

- Die Veranstaltung war gut besucht: Neben 6 Stadträten waren 14 Personen gekommen, 11 dieser Gäste waren keine SPD-Mitglieder
- Angesprochen wurden folgende Themen: Probleme mit der Buslinie 281, Neues Gewerbegebiet Geisberg, Verkehrsbeschilderung, Verbesserung der Radwegesituation, Lärmschutz
- Die Ausgaben für die Postkarten wurden erstattet

TOP 3: Bericht der Vorsitzenden

- Motto „Jammere nicht, tu was!“
- Veranstaltungen vor Ort wurden gut angenommen
- Bei Adi gab es ein schönes Sommerfest
- Mitgliederzahl ist weitgehend stabil
- Größter Erfolg ist die Sanierung des Gemeindezentrums

■ **Distrikt Frauenaurach**

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

- Negativ ist das mangelnde Interesse der Mitglieder, nur wenige erscheinen zu den Sitzungen
- SPD ist die aktivste Fraktion im Stadtrat (ca. 66 Anträge im 2011)
- Distriktsarbeit steht ab jetzt unter dem Aspekt „Wahl“
- Weitere Veranstaltungen sind geplant: Diskussionen mit verschiedenen Gruppierungen und Vereinen im Ort; Ziel ist das Bekanntwerden im Distrikt
- Ein großer Verlust war der Tod unseres langjährigen Mitglieds Fritz Spath

TOP 4: Berichte aus Stadtrat, Ortsbeirat etc.

- Zum Thema Ewigkeitsgräber gab es eine Entscheidung im Stadtrat
- Gebührenerhebung wird eintreten ab 2022

TOP 5: Zukunft des Distrikts Frauenausrach

- Insbesondere aufgrund des mangelnden Interesses der Genossen vor Ort

muss eventuell über einen Zusammenschluss mit einem anderen Distrikt nachgedacht werden. Im Herbst wird dazu eine Sitzung stattfinden

- Ideen zur Aktivierung der Mitglieder und Bürger werden erörtert

TOP 6: Termine

Neueröffnung der „Arche Noah“ am 16. Mai 2012

TOP 7: Verschiedenes

- Das Amtshausschöpfpla sucht ein neues Depot, Vorschläge sind sehr willkommen
- Für die Kassenprüfung soll eine zusätzliche Excel-Liste erstellt werden
- Geburtstagsgrüße werden an Genossen an allen runden Geburtstagen (also im 10-Jahres-Rhythmus), ab dem 60. Geburtstag bereits alle 5 Jahre überbracht. Hartmut und Adi werden die Grüße übermitteln.

Protokoll: Andrea Neckermann

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch ganz herzlich ein zum nächsten Treffen am

12. Juni, 20 Uhr, diesmal im Nebenraum der Gaststätte „Orpheus“ (Luitpoldstraße 25)

Wir werden uns mit aktuellen Themen beschäftigen und einen Blick in das „Euro Memorandum 2012“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik werfen.

Wir freuen uns wieder auf zahlreiche Teilnahme.

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 27. Juni, 20 Uhr in der AWO-Begegnungsstätte Ost, Drausnickstr. 82

Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Aktuelles
- TOP 2 Soziale Lage in Bayern – Der Bayerische Sozialbericht 2011
- TOP 3 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat
- TOP 4 Sonstiges

Bitte beachtet außerdem folgenden Hinweis:

Je nach Entscheidungsstand zum Betreuungsgeld wollen wir am **Samstag, 16. Juni von 9:30 bis 11.30 Uhr am George-Marshall-Platz** einen **Infostand** durchführen, um Unterschriften für die Petition „Ja zu mehr Kinderbetreuung! Nein zum Betreuungsgeld!“ zu sammeln. Bitte meldet Euch bei Christofer, wann Ihr uns am Infostand unterstützen könnt. Nur wenn genug GenossInnen bereit zum Infostanddienst sind, kann die Unterschriftensammlung stattfinden.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Liebe GenossInnen und Genossen, leider mussten wir wegen geringer Beteiligung die Jahreshauptversammlung verschieben. Sie findet nun statt am

Mittwoch, 13. Juni um 20 Uhr im Biergarten im Röthelheim

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 12. Juni, 19 Uhr im E-Werk

Am Termin unserer regulären Distriktsitzung findet zeitgleich die Informationsveranstaltung zum Thema StUB (Stadtumlandbahn) statt im E-Werk. Wir haben abgestimmt und die Mehrheit hat beschlossen, möglichst geschlossen zur Veranstaltung ins E-Werk zu gehen, damit wir uns über das Thema StUB umfassend informieren können. Sollte jemand, der sonst nicht zur Sitzung kommt, Interesse haben, bitten wir um Rückruf (60 19 24)

Weitere Ankündigungen:

Distriktsversammlung im Juli: 10. Juli

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsitzung vom 8. Mai

1. StUB-Planung

Es wurden verschiedene Varianten der Trassenführung für die StUB diskutiert. Der Distrikt unterstützt die StUB vorbehaltlos. Eine Anbindung von Tennenlohe an den Ast nach Nürnberg muss dabei unbedingt erfolgen. Die Trassenführung im Ort wird sich aber als sehr schwierig erweisen. Momentan liegt eine Variante vor, die die Autobahn über den Reutleser Weg quert, das Industriegebiet am Wettkreuz anbindet, hinter dem Santowskigebäude an der B4 entlang führt und später auf die Sebastiansstraße zurück-

Wir bitten diesmal um einen größeren Zuspruch als beim letzten Termin, damit wir gemeinsam eine gute Arbeit leisten können!

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

schwenkt. Diese Trassenführung wird als relativ problematisch eingeschätzt. Deshalb will der Distrikt die Örtlichkeiten in Augenschein nehmen, Alternativen diskutieren und als Vorschläge in die Diskussion einbringen.

2. Tennenloher Gewerbegebiete

Der Stadtplanungsreferent Josef Weber hat in einem neuen Konzept zur Erschließung von Gewerbegebiete die vom Distrikt geforderte Verdichtung im bestehenden Tennenloher Gewerbegebiet übernommen. Der Distrikt ist bereit, diese Planungen aktiv zu unterstützen.

3. Unterbezirksparteitag

Rolf und Gertrud berichten vom Unterbezirksparteitag. Leider waren nur wenige Delegierte anwesend, so dass keine Beschlussfähigkeit erreicht wurde. Rolf hat mehrere Distriktsmitglieder als Delegierte vorgeschlagen, da diese zuverlässig am Unterbezirksparteitag teilnehmen würden.

4. Spielplatz am Rotkappenweg

Rolf schlägt vor, eine Begehung des Spielplatzes am Rotkappenweg durchzuführen, um die Spielgeräte und die Weidenhütte zu begutachten. Außerdem wäre es an der Zeit, mal wieder mit dem Spielplatzbüro Verbindung aufzunehmen und eine gemeinsame Begehung der Tennenloher Spielplätze zu vereinbaren.

5. Planung für einen Ausflug

Der Distrikt plant für das Wochenende 10. bis 12. August ein Wanderwochenende im Fichtelgebirge.

6. Israel-Palästina

Ulla berichtet von Ihrer zweiten Reise nach Israel und Palästina. Sie war von der Situation der Palästinenser sehr

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

betroffen und verglich sie mit dem Leben in einem Käfig. Nach ihrer Erfahrung hat sich die Situation für die Palästinenser in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Es entwickelt sich eine lebhaftere Diskussion. Kritik wurde geäußert an dem Verhalten der israelischen Regierungen (ständige Nicht-Beachtung von UN-Resolutio-

nen, Siedlungspolitik im Westjordanland, Wasserpolitik, d.h. Umleitung des Jordanwassers nur auf israelisches Gebiet). Dagegen wurden Bedenken geäußert, ob wir als Deutsche überhaupt legitimiert seien, Kritik an Israel üben zu dürfen.

Hans Hauer

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich wollten wir im Juni mit Josef Weber, dem neuen Stadtplanungs- und Baureferenten über Probleme der Stadtentwicklung im Stadtwesten diskutieren. Kurzfristig platzte aber der Termin. Das Thema soll im Juli nachgeholt werden. Stattdessen sollen sich bei unserem Juni-Treffen die Kandidaten für die Landtagswahl 2013 vorstellen.

Derzeit gibt es wieder ein offenes Kandidatenrennen. Auf der KMV im Juli sollen die Delegierten für die Nominierungsveranstaltung gewählt werden (zum Stimmkreis gehören neben der Stadt noch einige Gebiete aus dem Umland). Wir gehen mit unserer Versammlung in die letzte Juni-Woche, weil dann klar sein dürfte, wer kandidieren wird. Unter Umständen vorstellbar wäre dabei eine geheime Abstimmung über im Westen präferierte Kandidaten. Sicher wäre das unverbindlich, aber ein Meinungsbild muss auch nicht ganz ohne sein.

Wir laden ein für

Mittwoch, 27. Juni, 20 Uhr ins Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Vorstellung der Kandidaten und Diskussion mit den Kandidaten über ihre Ideen und Konzepte
2. Berichte aus Kreisvorstand, Ortsbeirat und Fraktion
3. Sonstige Aktuelle Themen
4. Verschiedenes

Wir freuen uns über Euer Erscheinen!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Im April fand beim BSC gemeinsam mit der Stadtratsfraktion eine öffentliche Veranstaltung über den Sanierungsbedarf bei den Erlanger Bädern sowie die veränderte Situation, die sich aus der maroden Struktur von Technik und Bausubstanz des „Frankenhofs“ ergibt. Da eine Sanierung des „Frankenhofs“ fast genauso kostenaufwendig ist wie der Neubau eines Hallenbades, stellt sich die Frage, ob es Chancen für ein neues Hallenbad im Bereich des Freibades West gibt. Bei diesem Standort dürfte die Kundenfrequenz deutlich höher als beim Innenstadtstandort sein; dort schrumpfen auch wegen der problematischen Parksituation die Besucherzahlen. Matthias Exner, Vorstandsmitglied der Erlanger Stadtwerke, und unser Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Florian Janik informierten und diskutierten mit den fast 100 erschienen Besuchern.

Bei unserer Mai-Versammlung ging es um die GEWOBAU und den sozialen Wohnungsbau in Erlangen unter besonderer Berücksichtigung des Stadtwestens. Der Geschäftsführer der GEWOBAU Gernot Küchler informierte und diskutierte mit uns ausführlich. Ein Kernproblem besteht darin, dass öffentliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau kaum mehr zur Verfügung stehen. Im Mittelpunkt der letzten Jahre stand die Sanierung des Altbaubestandes. In den nächsten Jahren dürfte dies weitgehend abgeschlossen werden. Ein anderes Problem ergibt sich, ob die GEWOBAU sich auch im freien Wohnungsbau engagiert und aus den Erträgen dann die Kernaufgabe unterstützt. 19 Genossinnen und Genossen waren erschienen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 20. Juni, 15 Uhr im August-Bebel- Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente
5. Verschiedenes

Hauptthema unseres nächsten Treffens ist das Thema: **Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung.**

Die gesetzliche, solidarisch finanzierte Rentenversicherung muss so umgestellt werden, dass die Hauptziele – Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit – wieder innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden. Die in der Finanzkrise, die durch die globalen Veränderungen in der Wirtschaft besonders in den Arbeitsverhältnissen zu Tage getretenen Risiken lassen sich nicht individuell abdecken, sondern nur durch eine Solidarversicherung innerhalb bzw. zwischen den Generationen.

Ich freue mich auf eine lebhaftige Diskussion und grüße im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16. Mai

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßt die kleine Schar der Anwesenden. Drei Mitglieder sind da, drei haben sich entschuldigt. Ein Genosse war erkrankt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll vom 18. April 2012 und die Tagesordnung werden genehmigt

TOP 3: Aktuelles, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Die rund 39 Prozent der SPD sind in mehrfacher Hinsicht eine Sensation.

Die Kraft-SPD konnte sich klar vom Bundestrend abkoppeln. Denn alle Wahlforschungsinstitute sehen die SPD im Bund bei unter 30 Prozent. Doch angesichts der Verschiebungen im Parteiensystem sind 39 Prozent heute ein Spitzenwert für eine Volkspartei und eine gute Grundlage für ein stabiles rot-grünes Bündnis. Wahlen werden nicht nur durch Programmaussagen sondern auch durch das Charisma der Kandidaten gewonnen. 60plus sieht deshalb gute Chancen für die nächste Stadtratswahl.

Top 4: Droht uns Altersarmut?

Die Rente kann den Lebensstandard für immer weniger Deutsche sichern. Weil immer weniger Kinder geboren werden und es immer mehr Rentner gibt, droht im Alter Armut – trotz eines langen Arbeitslebens.

Viele Seniorinnen und Senioren sind in unserer Gesellschaft von der Altersarmut betroffen und leben am Existenzminimum. In den letzten Jahrzehnten hatten wir noch ein einigermaßen funktionierendes Rentensystem, so dass fast jeder Senior/Seniorin die Rententage genießen konnte. Leider haben es unsere Politiker die letzten Jahre geschafft, dass es immer mehr schlechtere bezahlte Arbeitsverhältnisse gibt und bei einem niedrigen Einkommen bleibt natürlich auch nicht viel für die Rente übrig. Viele Menschen arbeiten in Minijobs, Teilzeit oder sind Hartz-IV-Empfänger und haben dadurch nicht die Möglichkeit, einen notwendigen Rentenanspruch zu erreichen.

Armut im Rentenalter wird es nach Schätzung des Sozialverbands Deutschland für jeden dritten Arbeitnehmer geben. Nach den Rentenreformen der vergangenen Jahre werde es Geringverdienern auch mit 45 Jahren Beitragszahlungen nicht möglich sein, eine armutsvermeidende Rente zu erzielen. Das seien 35 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten.

Armut schränkt die Handlungsspielräume des Menschen gravierend ein und schließt eine gleichberechtigte Teilhabe an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft aus. Armut hat immer Unterversorgung in wesentlichen Lebensbereichen zur Folge!

Armut im Alter bedeutet nicht nur Unterversorgung in wesentlichen Lebensbereichen, sondern auch gesund-

AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

heitliche Beeinträchtigung und höhere Sterblichkeit.

Sozialstatusbedingte Unterschiede bei der Gesundheitsvorsorge: Höhere Gefährdung in unterer Statusgruppe durch

- geringere Teilnahme an Präventionsmaßnahmen
- schlechtere Sanierung kranker Zähne
- weniger Besuche beim Facharzt
- mehr aus Kostengründen ‚vermeidene Arztbesuche‘
- weniger Zeit beim Gespräch mit dem Arzt (GKV/PKV)
- größere Sorge um künftige Absicherung bei Krankheit
- längeres Warten auf ärztliche Behandlung (GKV/PKV)
- größere Probleme bei Zuzahlungen
- schlechtere Versorgung von Diabetikern etc.

Sozialstatusbedingte Unterschiede in der Mortalität zeigen sich unter anderem daran:

- Die Differenz der Lebenserwartung zwischen der höchsten und der niedrigsten Einkommensgruppe betrug

bei Männern 10,8 und bei Frauen 8,4 Jahre

- Im Vergleich zur höchsten Einkommensgruppe sterben in der niedrigsten Einkommensgruppe mehr als doppelt so viele Männer und Frauen, bevor sie das 65. Lebensjahr erreicht haben.

Damit zukünftige Alte nicht von Altersarmut bedroht sein werden, fordert 60plus:

- Eine Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente, die Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit bietet
- Ältere in Erwerbstätigkeit halten – Armut verhindern
- Gesundheit und Prävention fördern und Pflege verbessern
- Wohnungen und Wohnumfeld anpassen

TOP 5: Verschiedenes

Es wurde noch das Thema der nächsten Sitzung besprochen: Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente.

Ruth Sych

■ Jusos

Vorsitzender:

Munib Agha

munib_gha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Sitzung ist am

Montag, 4. Juni, 20:15 Uhr im August-Bebel-Haus

gemeinsam mit Flunterl (Flüchtlingsunterstützung Erlangen). Eine Juristin, die bei Flunterl aktiv ist, wird uns etwas über die rechtliche Situation von Asylbewerbern in Bayern bzw. ganz speziell in Erlangen erzählen. Dieser Termin ist allerdings noch nicht fest. Sobald ich mehr weiß, werde ich eine Mail über den Verteiler schicken.

Am

Montag, 11. Juni, 20:15 Uhr im August-Bebel-Haus

findet eine „gewöhnliche“ Sitzung im August-Bebel-Haus statt. Schwerpunktthema ist „Sozialdemokratische/Sozialistische Parteien in Europa“. Am 11. Juni ist wahrscheinlich Großbritannien dran.

Am

Montag, 25. Juni, 20:15 Uhr im August-Bebel-Haus

findet unsere Sitzung mit Sabine Schiffer, Vorsitzende des Institutes für Medienverantwortung und Mitglied der Islamkonferenz, statt. Sie wird uns insbesondere etwas über das Bild des Islams in den Medien und in der Gesellschaft erzählen. Zu dieser Veranstaltung werden wir noch schriftlich alle Jusos einladen.

Rote Grüße
Munib

JA ZU MEHR KINDERBETREUUNG!

**FÜR BAYERNS
ZUKUNFT**

**Petition an den
Bayerischen Landtag**

Einsendeschluss:

Bitte bis **1. Juli 2012**
senden an:

**BayernSPD
Oberanger 38, 2. Stock
80331 München**
oder vorher bei einer
SPD-Geschäftsstelle
abgeben

NEIN zum Betreuungsgeld!

Bayern hat enormen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Bundesweit liegt der Freistaat mit einer Ganztagsbetreuungsquote von 5,9 Prozent an letzter Stelle – der Bundesdurchschnitt ist 11,6 Prozent! Ab 2013 hat jedes Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz. Der Deutsche Städtetag geht in größeren Städten von einem tatsächlichen Bedarf von 50 Prozent aus. Dieser Bedarf ist bei weitem noch nicht gedeckt. Das bedeutet: Land und Bund müssen schnell und massiv in den Ausbau der Kindertagesstätten investieren.

Doch das Geld wird an falscher Stelle ausgegeben: Für 2013 ist das geplante Betreuungsgeld mit 400 Millionen Euro vorgesehen, ab 2014 sollen es 1,2 Milliarden Euro sein. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung rechnet aktuell sogar mit zwei Milliarden Euro jährlich. Das Betreuungsgeld soll nur an diejenigen gezahlt werden, die ihr Kind

nicht in eine Kindertagesstätte geben. Dagegen weisen wissenschaftliche Untersuchungen nach, dass – neben der Bindung an die Eltern – frühkindliche Erziehung für eine gute Entwicklung der Kinder fördernd ist. Das CSU-Betreuungsgeld wäre also eine Fehlsteuerung von Finanzmitteln. Finanzielle Anreize, keiner oder einer geringen Berufstätigkeit nachzugehen, wirken sich schädlich auf den Aufbau einer Altersvorsorge für den Elternteil aus, der wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten zu Hause bleiben muss. Statt notwendiger Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf senkt das Betreuungsgeld besonders die Frauenerwerbsquote, so lautet das Ergebnis des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), welches die Folgen des 2006 in Thüringen eingeführten Betreuungsgeldes analysierten.

Wenn Familien wirkliche Wahlfreiheit haben sollen, dann muss das Betreuungsgeld gestoppt und die dafür vorgesehenen Gelder in die frühkindliche Erziehung investiert werden – in erster Linie zum Wohle der Entwicklung unserer Kinder. Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft.



DIE UNTERZEICHNENDEN FORDERN DEN BAYERISCHEN LANDTAG UND DIE BAYERISCHE STAATSRÉGIERUNG AUF, DEN **AUSBAU DER KINDERBETREUUNG MASSIV VORANZUTREIBEN** UND SICH IM BUNDESRAT **GEGEN DIE EINFÜHRUNG DES BETREUUNGSGELDES** EINZUSETZEN.

NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>
NAME, VORNAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT	<input type="checkbox"/>

JA, meinen Namen bitte auch auf der Petitions-Webseite anzeigen

Bayern

SPD

**MAMI IST DIE BESTE!
ABER ICH KANN JA NICHT
IMMER AUF SIE AUFPASSEN.
JA ZU MEHR KINDERBETREUUNG.
NEIN ZUM BETREUUNGSGELD.**

 Unterschreiben Sie jetzt die Massenpetition der
BayernSPD: <http://petition.bayernspd.de>

FÜR BAYERN'S
ZUKUNFT

www.bayernspd.de

BayernSPD, Rainer Grieb, Oberanger 38, 80804 München